

Danziger Zeitung.

Nr. 20027.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltenen gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. März. (Privattelegramm.) Die „Nationalliberale Correspondenz“ schreibt: In der am Donnerstag stattfindenden zweiten Lesung der Militärvorlage in der Commission werden, wie wir hören, formulirte Anträge von Seiten der Nationalliberalen wie auch endlich des Centrums eingebrochen werden. Die letzteren sollen neue Gesichtspunkte darbieten. Gleichwohl wird an einem vollständig negativen Ergebnis wenigstens der Commissionsberathung nicht gezwiegt.

Rom, 15. März. (W. L.) Die „Opinione“ meldet, ein in Entraque bei Cuneo (Piemont) in der vorigen Woche angekommener französischer Arbeiter sei daselbst plötzlich an Cholerasymptomen gesieben. Der Leichenfund bestätigte Cholera als Todesursache. Der Präfect ordnete strenge Vorsichtsmassregeln an.

Riga, 15. März. (W. L.) Zwei Pastoren des livländischen Gouvernements wurden vom hiesigen Bezirksgericht wegen Volkslebung kirchlicher Handlungen nach lutherischem Ritus an Griechisch-Orthodoxen verurtheilt; einer, Pastor Meyer, unter Anerkennung der geistlichen Würde zu viermonatlichem Gefängnis verurtheilt; der andere erhielt einen strengen Verweis und wurde auf sieben Monate vom Amte suspendirt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 15. März.

Eine Warnung.

Auch die freiconservative „Post“ führt heute der Reichsregierung zu Gemüthe, daß selbst wenn die Auflösung des Reichstages auf einer Grundlage erfolge, welche die Cartellparteien geschlossen auf die Seite der Regierung führt (welches ist diese Grundlage?), mit der Möglichkeit eines Misserfolges gerechnet werden müsse. Es könnte verhängnißvoll werden, wenn man sich an mächtender Stelle Illusionen in dieser Hinsicht machen würde. Mit Ausnahme der Grenzprovinzen seien Demonstrationen für die Vorlage „nur sehr sporadisch“ aufgetreten; ob dieselben aber die beim Reichstagswahlrecht entscheidenden breiten Massen der Bevölkerung hinter sich haben, bleibe zweifelhaft. Auch lasse sich nicht mit einiger Sicherheit sagen, ob die offiziöse Presse für die Vorlage wirksam Propaganda gemacht habe. Ferner besthe in weiten Kreisen vielfach Unzufriedenheit. Das sind alles, schließt das Blatt, tatsächliche Momente, welche für die Beurtheilung des wahrcheinlichen Ergebnisses einer Reichstagsauflösung von Bedeutung sind und nicht unbedingt bleiben dürfen, wenn anders man nicht die Gefahr eines Trugschlusses laufen will.

Wir können dieser Mahnung nur zustimmen; selbst eine „kaiserliche Proclamation“, von der jetzt die Rede ist, würde an der Sache nichts ändern, namentlich wenn sie sich auf die Empfehlung der Militärvorlage beschränken sollte.

Wie uns unser Berliner Correspondent schreibt, bleibt man übrigens in politischen Kreisen dabei, daß, falls es zu einer Auflösung des Reichstages kommt, dieselbe erst nach erfolgter Beschlusshaffnung im Plenum, also in der zweiten Hälfte April stattfinde.

Deutsche und französische Kriegsstärke.

Mit welcher Sachkenntniß heutzutage selbst von Militärschriftstellern für die Militärvorlage Stimmung gemacht wird, zeigt ein Artikel der „Nat.-Asg.“ unter Chiffre v. B. (Generalleutnant v. Boguslawski), der durchgesallene Kandidat der Nationalliberalen im Wahlkreise Löwenberg) über das Buch des französischen Militärautorinisten, Capitän Molard: „Die militärische Leistungsfähigkeit der europäischen Staaten“. Herr von Boguslawski also erwähnt, daß Molard die

Stärke der französischen Armee auf 4350000 Mann nebst 45000 Mann Marine-Infanterie angibt; diejenige des deutschen Heeres aber auf 3217000 Mann. Dazu sagt Herr von Boguslawski:

„Wir sehen also auch hier wieder, daß die Berechnungen der französischen Militärs mit denen der deutschen ungefähr übereinstimmen; unter allen Umständen ist eine Überlegenheit von 650 bis 700000 Mann des französischen Heeres für die Zukunft zu constatiren.“

Der gewöhnliche Zeitungsleser nimmt das natürlich für bare Münze; denn die Rückzugslinie, die sich Herr v. Boguslawski durch die unscheinbaren Worte „für die Zukunft“ offen hält, entzieht sich begreiflicher Weise seinem Verständniss. Die Begründung zur Militärvorlage giebt die Kriegsstärke, welche die französische Armee nicht etwa jetzt hat, sondern im Jahre 1915 haben wird, wenn bis dahin eine Herabsetzung der Rekrutierungsziffer nicht erfolgt, auf 4053000 Mann an, also um 300000 Mann niedriger als der französische Capitän. (Beiläufig bemerkt, 75000 Mann weniger, als in der Militärvorlage von 1890 berechnet war.) Die deutsche Kriegsstärke war in der Vorlage von 1890 auf 3350000 Mann berechnet, also noch etwas höher, als der französische Militär unsere Kriegsstärke jetzt veranschlagt, obgleich durch das Gesetz von 1890 die Überlegenheit der französischen Armee, die damals 775000 Mann betragen sollte, bis auf einen kleinen Rest überwunden worden ist. Alle diese Ziffern aber gelten nicht etwa für die Zeit jetzt, sondern sie bezeichnen die Kriegsstärke, welche die beiderseitigen Heeren nach Ablauf von 25 bez. 24 Jahren haben würden. Daß Frankreich uns in der Zahl der für den Kriegsfall ausgebildeten Soldaten jetzt schon überholt habe, daß also, falls in den nächsten Jahren ein Krieg ausbrechen sollte, Frankreich uns an verfügbaren Mannschaften überlegen sein würde, hat noch niemand behauptet. Das hindert aber die Alarmisten nicht, die Stärkeverhältnisse so darzustellen, als ob die Überlegenheit der Zahl schon jetzt auf Seiten Frankreichs sei und die neue Militärvorlage nur den Zweck habe, dieser gefährdrohenden Lage ein Ende zu machen. Selbstverständlich verschweigen sie auch, daß die Erhöhung der Rekrutierung, welche von freisinniger Seite und seitens des Centrums angeboten worden ist, also 28000 Mann nach 24 Jahren eine Verstärkung der Kriegsstärke um ca. 50000 Mann bedeutet, so daß schon damit der angeblichen Überlegenheit der Zahl auf Seiten Frankreichs ein Ende gemacht sein würde.

Aber Graf Caprivi erklärt, das sei „kein Angebot“.

Wieder eine Währungsdebatte.

Die gestrige Sitzung des Reichstages begann mit einer Farce und endigte mit einem Schauklettern unserer Bimetallisten. Abg. Ahlwardt hat sich von dem Reulenschlag, den ihm am Sonnabend der Kriegsminister versetzte, soweit erholt, daß er gestern vor Eintritt in die Tagesordnung die Erklärung abgab, er werde in der dritten Berathung des Militäretals auf die gegen ihn gerichteten Angriffe eingehend antworten. Auf den Jurus des Abg. Dr. Hermes, „das wird ja ein welterschütterndes Ereignis werden“, entgegnete Ahlwardt mit der ihm eigenen klassischen Ruhe: „die Hanswursts melden sich schon, ehe ich noch das Wort ergriffen habe“. Auf der Rechten fand man diese Retourkutschte „sehr gut“, und es schien in der That, als ob Graf Mirbach, der im Verein mit dem Oberbergrath Merbach, den Herren v. Aardorff und v. Freye wieder einmal die Währungsfrage auf's Tapet brachte, sich den Ahlwardtschen Jargon bereits angegült habe. Er meinte, es sei wohl kein Zufall, daß gerade Herr Bamberger (als Jude) Vater der Goldwährung sei, worauf Dr. Bamberger natürlich die Antwort nicht schuldig blieb.

Weshalb diese Währungsdebatte, die übrigens noch nicht zu Ende ist, in Scene gesetzt wurde, blieb unaufgeklärt. Denn wenn es nur darauf ankam, zu erklären, daß die Conservativen den

theater Zugang finden können, sind häufig gar nicht die Sänger selbst, sondern irgend ein beschränkter Freundeskreis schuld, der, sobald eine Persönlichkeit mit angenehmer Stimme, hübscher Erscheinung und einem Talent in ihrer Mitte auftaucht, sie treuerzig mit dem Rathe bestürmt, doch nur ja zur Bühne zu gehen; es werden dann auch wohl die Mittel zusammengebracht, um einer sonst vielleicht hoffnungsvollen Ertüpfel, der Gefang als Zugabe in einem anderen Beruf erfreulich förderlich wäre, eine verfehlte Richtung zu geben. Im vorliegenden Falle freilich scheint die eigene Illusion hinzugetragen, denn Herr Kurt Friesen hatte bezüglich der Kritik wiederholentlich um „den strengsten Maßstab“ gebeten! Herr Friesen gab nun in der Action und in der Declamation Zeichen von verständigem Nachdenken und lebendiger Auffassung; seine Erscheinung ist sehr vortheilhaft, seine Stimme von Natur angenehm, und zwar spezifisch lyrisch. Rath zu geben ist am Ende nicht Sache der Zeitung: wenn Herr Friesen glaubt, mit diesen Eigenschaften als Bühnenfänger im großen Gill Carrière machen zu können, so sei ihm dazu Glück auf den Weg gewünscht. Es war nur schade um das viele Gute und Schöne, das die Aufführung sonst darbot. Fräulein Gedimair hatte an Innerlichkeit der Auffassung, an Gehaltenheit der Ausführung sichtliche Fortschritte gemacht; nur das Juwel der Innerlichkeit in dieser Partie, die Worte „sieh mir ins Auge, sprechen kann ich nicht!“ hatte sie noch nicht gesagt, sie klangen noch wie verliebt.

Berlin, 14. März. Prof. Albert Keller meint, der „N. A. 3.“ zufolge, zur Zeit als Bevollmächtigter der Münchener Secessionisten hier, um die Ausstellungsträger der Vereinigung bildender Künstler zum Abschluß zu bringen.

* [Virchows Besuch in England.] Man schreibt der „Frank. Zeitung“ aus London vom 10. d. M.; Rudolf Virchow's Besuch in London, wo er vor der Royal Society einen Vortrag über Pathologie hält wird, erregt in wissenschaftlichen Kreisen Londons das weiteste Interesse. Das Verlangen, bei dem auf nächsten Donnerstag festgesetzten Vortrag anwesend zu sein, ist so stark, daß der Senat der Londoner Universität seinen großen Sitzungssaal der Royal Society zur Verfügung gestellt hat. Des Abends wird, wie bereits gemeldet, im Hotel Metropole dem Gaste zu Ehren ein

Antrag auf Veranstaaltung einer Währungenquete nicht jetzt beim Statthalter des Reichsgerichts, sondern selbständig einbringen wollen, so hätte sich das mit drei Worten abmachen lassen. Die Absichtlichkeit, mit der Graf Mirbach von dem Anwachsen der bimetallistischen Freunde im englischen Unterhause sprach, führt zu der Vermuthung, daß es den Herren darum zu thun war, ihren Interessen in Nordamerika die Stange zu halten. Hat doch soeben der Telegraph berichtet, einer der nordamerikanischen Silberfreunde habe im Senat einen Antrag auf Wiederberufung der internationalen Münzkonferenz angekündigt, mit der Motivierung, daß in Europa sich ein Umschwung in der Währungspolitik vorbereite. Die Debatte in unserem Abgeordnetenhaus sollte offenbar diese Auffassung bestätigen. Der Reichskanzler war leider nicht anwesend und Staatssekretär v. Malzahn zog vor, zu schweigen. Vielleicht ist ihm bis heute etwas eingefallen.

In hohem Grade charakteristisch war übrigens die Rede, mit der der Oberbergrath Merbach die Währungsdebatte begann. Er warf der Regierung vor, daß sie das Vorhandensein des Silberbergbaues in Deutschland ganz vergessen habe. Von den agrarischen Bimetallisten unterscheidet er sich dadurch, daß er die Frage, ob das Sinken des Silberverths Folge der Einführung der Goldwährung oder der Überproduktion von Silber ist, für eine offene halte, aber auch er verlangt, daß Deutschland die Doppelwährung oder zu Deutsch die Silberwährung einführe, um den Silberpreis zu Gunsten der Silbergrubenbesitzer zu erhöhen. Wie das Reich im übrigen dabei fährt, geht ihn nichts an. In geradezu demagogischer Weise macht er die Bergleute darauf aufmerksam, daß wenn sie die Arbeit verlieren, die Schuld an der Reichsregierung liegt, die sich um ihre Interessen nicht kümmert. Gleichwohl versicherte er, es handele sich bei diesen bimetallistischen Sturm läufen gegen die Regierung nicht um eine „wüste Agitation“. Da muß man doch fragen: was verstehen denn die Herren unter wüster Agitation? Abg. Bankdirektor Büsing, der schon neulich mit den Herren Bimetallisten einen Strauß begonnen, aber nicht ausgefochten hat, weil die Herren v. Aardorff u. Gen. ihm die Antwort schuldig blieben, räumte noch einmal mit den lustigen Behauptungen des Grafen Mirbach auf. Dann kam Herr v. Aardorff, der so „lebendig“ war, daß er seine Erklärung vom 12. Dezember v. J. gegen die Militärvorlage stimmen zu wollen, wenn die Regierung sich nicht um Bimetallismus bekehre, sah zurückzog; er behielt sich die Entscheidung bis zur endgültigen Abstimmung im Plenum vor. Die Herren haben offenbar herausgefunden, daß sie mit ihrer Drohung, die Militärvorlage abzulehnen, schlechte Geschäft machen. Im übrigen werden sie nicht allzu lange zu warten haben, denn die Regierung denkt gar nicht daran, durch Annahme des Enqueteantrags auf das Glattels zu gehen. Herr Dr. Bamberger begnügte sich nicht damit, die Gedanken, die ihm Mirbach bezüglich der Religion unterlegt, als „gemein und niedrig“ zu bezeichnen; er widerlegte auch schlagend die Behauptung des Herrn, daß das mobile Kapital in Judenhänden der Träger der Goldwährung sei. Der Pariser Rothschild sei Bimetallist, beeinflußte die französische Regierung in dieser Richtung und Fürst Bismarck habe seiner Zeit erklärt, Bleichröder sei Bimetallist! Schon aus Hs. gegen die Börse müßten die Herren Graf Mirbach und Genossen Gegner des Bimetallismus sein, denn die Börse zieht meist die Goldwährung der festen Goldwährung vor.

Die Annahme des Wahlgesetzes und die Nationalliberalen.

Go hat denn, wie bereits telegraphisch gemeldet, die conservativ-clericale Mehrheit des Abgeordnetenhauses gestern auch den Rest der Wahlgesetzesnovelle nach den Beschlüssen der Commission angenommen. Die von der Commission der Vorlage hinzugefügte Bestimmung, daß auch in Gemeinden, welche in mehrere Urwahlbezirke getheilt sind, für jeden Urwahlbezirk eine besondere

Aber noch wenige Schritte weiter auf der Bahn, die Fräulein Gedimair in dieser Partie betreten hat, und ihre Elisabeth wird allen Wagnerischen Anforderungen Genüge thun. Herr Lunde sollte dem Tannhäuser nicht so viel Recht geben, von seinem Schmachten zu reden; was Walther singt, ist doch immer eine Entgegnung, fast ein Verweis. Fräulein Brackenhammer war vorzüglich bei Stimme und führte die undankbare Partie der Venus schwungvoll durch. Der Wolfram des Herrn Fitzau ist als trefflich bekannt, Herr George sang den Landgrafen wieder mit großem Verdienst, schön und würdig; überhaupt stand die Aufführung vom Tannhäuser leider abgelehnt, und die Thore ausgenommen, nicht nur auf der bisherigen Höhe, sondern machte verschiedentlich ein gesteigertes Können ersichtlich. Dr. C. Fuchs.

Berlin, 14. März. Prof. Albert Keller meint, der „N. A. 3.“ zufolge, zur Zeit als Bevollmächtigter der Münchener Secessionisten hier, um die Ausstellungsträger der Vereinigung bildender Künstler zum Abschluß zu bringen.

* [Virchows Besuch in England.] Man schreibt der „Frank. Zeitung“ aus London vom 10. d. M.; Rudolf Virchow's Besuch in London, wo er vor der Royal Society einen Vortrag über Pathologie hält wird, erregt in wissenschaftlichen Kreisen Londons das weiteste Interesse. Das Verlangen, bei dem auf nächsten Donnerstag festgesetzten Vortrag anwesend zu sein, ist so stark, daß der Senat der Londoner Universität seinen großen Sitzungssaal der Royal Society zur Verfügung gestellt hat. Des Abends wird, wie bereits gemeldet, im Hotel Metropole dem Gaste zu Ehren ein

Abtheilungsliste gebildet werden soll, wurde in nemantlicher Abstimmung mit 182 gegen 142 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten die Freisinnigen, Nationalliberalen und Freiconservativen. Finanzminister Dr. Miguel war nicht anwesend. Er überließ die Nationalliberalen ihrem Schicksal, wohl im Vertrauen darauf, daß die Nationalliberalen die „schrägere Tonart“, welche die „Königl. Asg.“ empfiehlt, nicht anschlagen und sich hüten werden, einen scharfen Trennstreich zwischen ihnen und der nationalliberalen Partei zu machen. Uebrigens haben auch die Redner der nationalliberalen Partei in der gestrigen Sitzung die „schrägere Tonart“ nicht vertrieben. Daß die Partei nunmehr bei der Beratung der Steuerreform eine andere Stellung einzunehmen werde, ist nicht gerade wahrscheinlich.

Verlängerung des Handelsprovisoriums mit Spanien.

Nachdem es sich als nothwendig herausgestellt hat, das provisorische Handelsabkommen mit Spanien zu verlängern, da die Handelsvertragsverhandlungen bis zum 31. März nicht zum Abschluß kommen dürften, so wird sich auch der Reichstag voraussichtlich in allernächster Zeit mit einem Gesetzesvorschlag beschäftigen haben, welcher den Bundesrat zur Verlängerung dieses provisorischen Abkommens ermächtigt. Durch das Reichsgesetz vom 30. Januar 1892 wurde dem Bundesrat die Vollmacht übertragen, die für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auch solchen Staaten, welche einen vertragsmäßigen Anspruch hierauf nicht haben, gegen Einräumung angemessener Vortheile ganz oder teilweise bis längstens zum 1. Dezember 1892 zu gestatten. Ende November v. J. wurde, da die mit Rumänien und Spanien eingeleiteten Handelsvertragsverhandlungen noch schwanden, durch ein neues Gesetz dem Bundesrat die Beauftragung bis zum 1. April 1893 verlängert, worauf dann die verschiedenen Verlängerungen der Provisorien gegenüber Spanien und Rumänien bis zum Schluss des laufenden Monats erfolgten. Wenn es nunmehr in der Absicht liegt, nochmals zu einer Verlängerung zu schreiten, so muß ein neues Reichsgesetz den Bundesrat hierzu ermächtigen. Dasselbe muß ferner vor dem Beginn der Osterferien vom Reichstage zur Verabschiedung gebracht werden, wenn nicht ein vertragloser Zustand eintreten soll.

Im norwegischen Storting acceptierte am Montag, der Conseilpräsident Steen namens der Regierung die von der äußersten Linken beantragte Tagesordnung, wonach Norwegen ohne Verhandlung mit Schweden die Consulatsfrage erledigen sollte; den von Michelsen, Linke, gemacht und von Björnsterne Björnson unterstützten Ausgleichsvorschlag erklärte er aber für unannehbar. Gleichzeitig glaubt Steen, von der Annahme der von den Moderaten und Mitgliedern der Rechten beantragten Tagesordnung, welche Verhandlungen mit Schweden empfiehlt, abzutreten zu sollen. Der Führer der Rechten, Stang, betonte, man habe nur zu wählen, ob man der Regierung, welche außerhalb der Verfassung liegende Gewaltmittel anzuwenden im Begriff stehe, folgen oder in Verhandlungen mit Schweden einzutreten wolle. Der radikale Bankdirektor Faisting warnte vor Schritten, welche die Union gefährden könnten.

Die Vorgänge in Paris.

Hier Parliser oppositionellen Organe erklären, das Cabinet verdanke die Majorität bei der vorigestrichenen Kammerabstimmung nur der Furcht vor der Kammerauflösung und vor einem Ministerium Cavagnac oder Constans. Die radicalen Blätter greifen Cavagnac an, weil er sich aus persönlichem Ehrgeiz mit den Feinden der Republik verbinde.

Der Ministerpräsident Ribot wird nochmals Schritte bei Bourgeois tun, um denselben zum Verbleiben auf seinem Posten zu bewegen; gutem Vernehmen nach wäre jedoch Bourgeois entschlossen, seine Entlassung aufrecht zu erhalten.

Öffentliches Festessen stattfinden, welchem außer Lord Kelvin auch die Präsidenten der königlichen Gesellschaften der Doktoren und Wundärzte beiwohnen werden.

Berlin, 14. März. Das zehnte und letzte philharmonische Concert am Montag dirigirte wirklich Herr v. Bülow. Bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßt, ergriff der wiedergesehene Künstler unverzüglich den Tambour. Enthusiastischer Beifall erfuhr zum Schluß; dem Tschiff des Orchesters suchte sich Herr v. Bülow mit einer begeisterten Handbewegung zu entziehen; auch die Geberde des Schweigens deutete darauf, daß er sich Enthaltsamkeit auferlegt. Als aber der Applaus und die Zurufe kein Ende nehmen wollten, trat Bülow noch einmal vor und sprach etwa folgende Worte: „Verehrte Anwesende, gestatten Sie mir, Ihnen hiermit meinen Dank zu sagen für die Anerkennung, die Sie mir zollen zu müssen glauben, die dem Orchester gebührt und die ich meinerseits lediglich als eine Amateure-Erklärung für früher begangene Extravaganz betrachte.“ *

* [Ernst Possart], der provisorische Leiter der Münchener Hoftheater, und seine Frau beginnen dieser Tage in München das Fest ihrer silbernen Hochzeit. Es ist vielleicht die merkwürdigste silberne Hochzeit, die jemals gefeiert werden konnte. Zweimal hat das Paar sich scheiden lassen, und zweimal ist es wieder zum Standesamt und Altar zurückgekehrt. Das Jubelpaar, das die silberne Hochzeit vor Tage der ersten Verbindung rechnet, beginnt, ist in der merkwürdigen Lage, noch zwei silberne Hochzeiten vor sich zu haben, als angenehme Zwischenstationen auf dem Wege zur goldenen.

Ribot durfte dann die Frage der Ernennung eines neuen Justizministers dem Ministerrat unterbreiten. Gerüchtweise verlautete, Develle würde bis zum Ausgange des Panama-Prozesses das Justizministerium interimistisch übernehmen. Gestern drehte sich auch im französischen Senat die Debatte um Panama. Es wird darüber aus Paris gemeldet:

Bei der Debatte über die Interpellation im Betreff der Aussagen der Frau Cottu bemerkte Halgan, (Rechte) der Zwischenfall Cottu sei nicht völlig aufgeklärt. Loubet erklärte, Frau Cottu habe im Januar durch den Sekretär ihres Gatten um eine Audienz bei Soinourn nachsuchen lassen. Er (Loubet) sei hiervom benachrichtigt worden, ebenso wie Ribot und Bourgeois, welche in diesem Gesuch nichts Ungehöriges erblickt hätten. Er habe keineswegs den Schritt, von welchem man gesprochen habe, angeordnet. Soinourn habe übrigens vorgezogen, sein Amt niederzulegen. Er bestreite ganz entschieden, jemals eine Liste der in die Panama-Affäre verwickelten Parlaments-Mitglieder besessen zu haben, und wenn er eine solche besessen hätte, so würde er sie den Gerichten übergeben haben. (Beifall.) — Constan erklärte, er habe niemals dem Präsidenten Carnot die Liste der 104 Abgeordneten übergeben, weil er sie nie besessen habe; er glaube die Liste habe niemals anders als in der Einbildung gewisser Personen existirt. (Beifall.) Niemand könne bei dieser Art von Skandal gewinnen. Das Land wolle vor allem Ruhe und Arbeit. Man möge die Gerichte ihre Pflicht thun lassen, und die Legenden würden bald in sich zusammenfallen. (Lebhafte Beifall.) Sodann erklärte der Ministerpräsident Ribot, es sei nunmehr als unbestreitbar anerkannt, daß Madame Cottu die Zusammenkunft mit Soinourn nachgejagt habe; Soinourn sei unkund gewesen, aber nichts anderes. Es sei eine Insammlung zu behaupten, daß Carnot eine Liste bestochener Abgeordneten besessen habe. Derartige Anschuldigungen seien des Landes un würdig. (Beifall auf der Linken.) Ribot schloß mit der Erklärung, Soinourn habe sich keiner Räuslichkeit schuldig gemacht; er wolle ihn decken. (Erneuter Beifall.) Merlin brachte hierauf die von der Kammer gestern genehmigte Tagesordnung ein, welche mit 209 gegen 56 Stimmen angenommen wurde.

Im Panama-Befreiungsprozeß protestierte gestern Barbour gegen die in der Deputirtenkammer vorgebrachte Behauptung, daß der Zwischenfall mit Frau Cottu in seinem Kabinett vorbereitet worden sei. Constan erklärte, er habe niemals dem Präsidenten Carnot eine Liste der in der Panama-Angelegenheit verwickelten Deputirten übermittelt, er habe eine solche Liste auch niemals besessen. Sans-Léon gab dem Gerichtshof Aufklärungen über die Anlegung der Münzstätte seiner Frau. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß die mitgeführten Aktenstücke ohne Bedeutung seien. Bonaparte-Wise sprach im allgemeinen über die Panamakanal-Arbeiten. Die Vernehmung der Zeugen war damit beendet. Die Advokaten der Civilparteien erhielten hierauf das Wort.

Aufrührungen in Spanien.

Nach in Madrid vorliegenden Meldungen ist es in den Provinzen an mehreren Orten zu erneuten Versuchen der Aufrührung gekommen. In Barcelona fand vorgestern eine Kundgebung statt, bei welcher Hochrufe auf die Republik ausgebracht wurden. Die Ruhe wurde indeß bald wieder hergestellt. — Die Bevölkerung von Burgos fährt fort, ihrer Unzufriedenheit über die Aufhebung des Generalkapitanats Ausdruck zu geben; die Läden sind geschlossen, vor den Fenstern ist Trauerflor angebracht. In Olesa, Provinz Barcelona, fand eine Explosion statt, welche den Anarchisten zugeschrieben wird. Verletzt wurde jedoch niemand.

Die Situation im protestantischen Ulster
hat an Schärfe noch nichts verloren. In den Belfast-Blättern wird die Bevölkerung mit den heftigsten Worten zum Widerstand bis aufs äußerste aufgefordert. Eine englische Waffensfirma erhielt dieser Tage ans Belfast den Auftrag auf schleunigste Lieferung eines größeren Postens von Martini-Henry-Gewehren, man spricht von 100 000 Stück. Die Firma trug degraderlicher Weise Bedenken, diese Orde so ohne weiteres zu effectuiren, sondern hoffte den Fall der Staatsregierung mit. Letztere verbot darauf den Abgang jener Waffensendung nach dem Bestimmungs-ort.

Reichstag.

66. Sitzung vom 14. März, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Malzahn, v. Marschall, Aschenborn.

Vor der Tagesordnung erklärt

Abg. Ahlwardt (Antif.): Ich bin am Sonnabend in meiner Abwesenheit angegriffen worden. Es war gestern und heute keine Gelegenheit, darauf eine Antwort zu ertheilen. Ich werde daher bei der dritten Berathung des Staats bei einer passenden Gelegenheit, am besten wohl bei der Berathung des Militärfests, eine längere und gründliche Antwort geben. (Abg. Dr. Hermes-Jauer: Das wird ja ein weiter schütterndes Ereignis! [Große Heiterkeit.] Präsident v. Levetow: Das ist eine ganz ungehörige Zwischenbemerkung, welche ich dem Abg. Hermes hiermit verweile.)

Die Staatsberathung wird fortgesetzt. Zur Debatte stehen die Einnahmen des Reichs aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Averien. Zu Titel 1 liegt der Antrag der Abg. Scipio und Goldschmidt vor: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Behörde oder Stelle zu bezeichnen oder einzuführen, welche auf Verlangen Aushilf zu geben hat über die Zolltarifäße, zu welchen bestimmte Maaren oder Gegenstände im deutschen Zollgebiet zugelassen werden.

Abg. Hugo-Conflant (Centr.): Bitte die verbündeten Regierungen, auf eine Abänderung des schweizerischen Handelsvertrages in der Richtung zu wirken, daß Bruchtheile eines Kilogramms im Grenzverkehr nicht wie ein ganzes Kilogramm behandelt werden. Es werde durch die gegenwärtige Handhabung eine erhebliche Erhöhung des Grenzverkehrs verursacht, deren Besetzung im beiderseitigen Interesse liege. Ferner befürwortet Redner eine Verlautbarung der Alagen der deutschen Siegeleibesher, soweit sie den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag betreffen.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Staudy (cons.) erklärt Staatssekretär v. Malzahn, daß in nicht zu langer Zeit eine Entscheidung des Bundesrathes darüber ergehen werde, ob den Inhabern einer Hollandscheimühle an der russischen Grenze, die sich wegen Zollfreiheit der Einfuhr des Rohmaterials aus Russland positionirend an den Reichstag gewendet habe, Zollfreiheit zu gewähren sei.

Gebhardt Huber: Die Bemühungen eines badischen Commissars bei der Schweiz im Sinne der Anregung des Abg. Hugo sind bisher erfolglos geblieben.

Abg. Scipio (nat.-lib.): Unser Antrag beweicht, den Regierungen anheim zu geben, eine fortlaufende Ergrößerung des amtlichen Waaren-Verzeichnisses, wodurch sich das Bedürfnis im Publikum fortlaufend gesteckt macht, zu veranlassen und den interessenten zugänglich zu machen. Es würden ja auch auf diesem Wege nicht alle Beschwerden des Handelsstandes aus der Welt geschafft, aber zur Zeit sei kein anderes Mittel ausfindig zu machen, welches die Sache auch nur einigermaßen vorwärts bringt, wenn die Regierungen nach wie vor der Zu-

lassung des Rechtsweges in Zollstreitsachen widerstreben. Es würde dadurch in keiner Weise den Beschlüssen der Verfassung oder des Vereinszollgesetzes entgegen getreten werden; die Entscheidung über Beschwerden bleibt einfach Verwaltungssache. Alle Parteien des Hauses haben sich früher auf den Antrag der Zulassung des Rechtsweges vereinigt; hoffentlich werden sie auch unser heutigen Antrag zustimmen.

Abg. Goldschmidt (frei.): Ich bedauere, daß der Reichssekretär sich über unseren Antrag nicht äußert. Die Sache ist doch immerhin wichtig genug. Frühere Beschlüsse des Hauses sind absolut wirkungslos auf die verbündeten Regierungen geblieben. Man erkennt daraus, daß das Reichssekretariat dem wirklichen Leben und Verkehr so fern steht, wie irgend möglich und daß es in Zollsachen im deutschen Reich kein Recht giebt, daß man der Gnade und Ungnade der Zollbehörde ausgeliefert ist. Die Handhabung des Zolltarifgesetzes entspricht den Absichten nicht, von welchen die Gesetzgebung bei seinem Erlass geleitet war. Die Alagen über Zolltarifcuriosa sind noch immer nicht verabschiedet, im Gegenteil kommen immer neue hinzu, und trotz aller einstimmigen Beschlüsse des Reichstages warten die Petenten Jahre lang auf Bescheid. Den Uebelständen gegenüber ist unser Antrag fast harmlos zu nennen; es nicht der Rechtsweg zugelassen ist, haben wir wirksame Abhilfe nicht zu erwarten. Aber hätten wir wenigstens eine Centralbehörde gehabt, eine Menge von Streitigkeiten wäre vermieden worden. Wohin der gegenwärtige Zustand führt, können wir am besten an der Angelegenheit studiren, welche Herr v. Staudy vorhin in Erinnerung gebracht hat. Der Holzhändler Fischer muß inzwischen den hohen Zoll immer wieder zahlen und hat, wie die Petitionscommission anerkannt hat, bereits 100 000 Mark zu Unrecht bezahlt. Dasselbe haben wir mit der Verfolzung von Holz als Tafelholz erlebt. Solche krasse Irrtümer der Zollbehörden würden selbst durch unser unschuldigen Antrag unmöglich gemacht werden.

Staatssekretär v. Malzahn: Ich habe erst nach den beiden Antragstellern das Wort nehmen wollen, also einer einfachen Pflicht der Höflichkeit genügt. (Heiterkeit links.) Es ist nicht wahr, daß es in Deutschland in Zollsachen kein Recht giebt. Die Zollstreitsachen sind der Kompetenz der ordentlichen Gerichte entzogen, aber es wird in ausreichender Weise und unweigerlich im Verwaltungswege Recht gewährt. Allerdings besteht eine Reihe Meinungsverschiedenheiten über Auslegung des Zolltarifis und Waarenverzeichnisses zwischen Regierung und Reichstag. Aber es steht nirgends geschrieben, daß der Reichstag die authentische Auslegung der Gesetzgebung zu geben hat. Der Bundesrat hat das Recht, bei seiner Ansicht stehen zu bleiben, wenn er sie nach gewissenhafter Prüfung für die richtige ansieht. Diese Prüfung ist seitens der verbündeten Regierungen stets mit aller Sorgfalt vorgenommen worden. Der Wunsch, die Unbequemlichkeiten zu beseitigen, ist auch der urfrige. Das Tarifamt, welches die Antragsteller wollen, würde die Bezugsnachfrage haben müssen, den Gesetzen eine authentische Auslegung zu geben. Es würde sich dabei also um eine gewisse Delegation von Souveränitätsrechten des Reiches und sogar auch den Einzelstaaten handeln. Hieran aber könnte vielleicht der ganze Gedanke scheitern; jedenfalls liegt in ihm eine Änderung der Verfassung. Die verbündeten Regierungen haben keine Zuständigkeit auf dem Gebiete der Verwaltung des Zollwesens, sondern nur die Einzelregierungen. Ob diese ihre verfassungsmäßigen Rechte aufzugeben gesonnen sind, steht dahin. Jedenfalls werden die verbündeten Regierungen, wenn der Antrag zum Beschluss erhoben wird, ihn ernsthafte Prüfung unterwerfen.

Abg. Scipio: Unser Antrag beweicht nicht im Mindesten, an der Verfassung oder an der Kompetenz der Einzelstaaten irgendwie zu rühen.

Staatssekretär v. Malzahn: Wenn der von den Antragstellern gewünschte Behörde eine neue Waare präsentiert wird, müßte diese Behörde immer erst an den Bundesrat gehen, um Informationen einzuziehen. Wir befinden eine ganz ähnliche, aber nicht völlig gleiche neue Waare präsentiert, so würde die Schwierigkeit, die man beseitigen will, sofort wieder vorhanden sein. Die verbündeten Regierungen greifen ja nur residirend ein, einen direkten Einfluß auf die Zollverwaltung haben sie nicht.

Abg. Brömel (frei.): Gewiß ist ein formaler Rechtszustand auch für die Zollfälle vorhanden, aber wir klagen ja gerade darüber, daß die formalen Grundlagen keinen materiellen Rechtszustand gewährleisten. Thatsächlich ist also der Auspruch des Abg. Goldschmidt begründet. Nur die Einschaltung einer mit richterlichen Funktionen betrauten Staatsbehörde mit öffentlichem Verfahren kann wirklich helfen. Das Fehlen einer solchen Instanz wird den Gewerbetreibenden immer unerträglicher. Das gegenwärtige Verfahren steht in gremellem Widerspruch zu den Rechtsanschauungen, welche z. B. in den Stempelsteuergesetzen untergelegt sind. Darin hat der Staatssekretär recht, daß mit dem vorliegenden Antrage sehr wenig geholfen wird. Auskunft, wie sie gewünscht wird, kann man schon jetzt von verschiedenen Stellen erlangen, in Preisen bei den Zollämtern und den Provinzial-Steuerdirektionen. Die Centralstelle, welche Herr Scipio vorschlägt, soll sich erst beim Bundesrat über jede Frage vergewissern; auf einer solchen Basis läßt sich doch kein Geschäft begründen. Der Bundesrat ist nicht einmal das ganze Jahr hindurch ständig versammelt. Ebenso sind die verfassungsmäßigen und staatsrechtlichen Bedenken, welche vom Bundesrathstische erhoben worden sind, nicht zu unterschätzen. Kann man sich nicht zu einer durchgreifenden Reform entschließen, so wird es beim Alten bleiben. Es ist nur natürlich, daß die Verwaltungsbehörden, welche bisher die oberste Entscheidung in Händen haben, sie festhalten wollen, aber ein Fortschritt ist nur möglich, wenn sie einen Theil ihrer Bezugsnachfrage an eine richterliche Instanz abgeben. Der Antrag auf Schaffung einer richterlichen oder Verwaltungsinstanz ist im Juni 1890 angenommen worden. Der Bundesrat hat beschlossen, daß der Antrag keine Folge zu geben. Wir wiederholen daher einen solchen aussichtslosen Versuch nicht. Die beteiligten Gewerbetreibenden müssen noch viel eifriger und rücksichtsloser ihre Beschwerden vorbringen und auf Abhilfe dringen, dann wird vielleicht etwas dabei herauskommen.

Abg. Siegle (nat.-lib.): Der Bundesrat hat die zollfreie Verwendung von Petroleumdstillaten für alle gewerblichen Zweige zugelassen, verlangt aber amtlichen Milizverschluß für die betreffenden Waarenvorräthe. Durch diese strenge Bestimmung wird die Industrie sehr beeinträchtigt und wünscht Erleichterung.

Geh. Roth Henle: Der betreffende Bundesrathstisch ist nicht ergangen zu Gunsten der diese Destillate herstellenden Fabriken, sondern der dieselben verwendenden Betriebe. Es geschieht hier also keinem der Beteiligten Unrecht.

Abg. Brömel (frei.): Wenn den Beschwerden der badischen Anwohner der schweizerischen Grenze so eisrig abhelfen zu bringen versucht werden ist, doch sogar ein eigener badischer Commissar nach der Schweiz geschickt wurde, so darf man doch im Interesse der Gesetzmäßigkeit das Gleiche auch für die übrigen deutschen Gewerbetreibenden verlangen. Im weiteren bedauert Redner, daß dem Reichstag diesmal keine Nachwürfe über die Voranschläge aus den Zollleinnahmen vorgelegt sind, auch nicht einmal die vorläufigen Ermittlungen der laufenden Einnahmen bis zum Dezember des Staatsjahrs. Die Zollleinnahmen sind auf 341 122 000 Mk. oder auf 1 671 000 Mark mehr als im laufenden Jahre veranschlagt.

Redner glaubt, daß damit ungefähr das Richtige getroffen sein wird. Der Ausfall an Einnahmen in Folge der Handelsverträge werde die veranschlagte Höhe nicht erreichen. Schließlich fragt Redner, ob denn die angestellten Ermittlungen endlich zu einer Entscheidung über die Frage wegen des Petroleumzolles geführt haben.

Staatssekretär v. Malzahn: Die betreffende Petition wollte theilweise die Befestigung, theilweise die Aufrechterhaltung des Tarifzolls. Die angestellten Erwä-

gungen haben eine geraume Zeit in Anspruch genommen. Nach meiner Prüfung ist jetzt eine Vorlage an die verbündeten Regierungen gelangt und befindet sich in dem Ausschuß des Bundesrathes, welche beweicht, den früheren Bundesrathstischluss aufzuheben. Die Zahlen über die Einnahmen in den Monaten November, Dezember und Januar sind der Militärcommission mitgetheilt worden. In der Budgetcommission ist das nicht geschahen, weil dieser Etat der Zölle und Verbrauchssteuern in diesem Jahre nicht vorlag.

Auf Anfrage des Abg. Scipio beweicht Staatssekretär v. Malzahn, daß eine Vorlage zur Abänderung einiger Positionen des Zolltarifs in Vorbereitung sei, worunter sich auch die Position Baumwollensamenöl befindet. Auch bezüglich der gleichmäßigen Zollbearbeitung gefährter und ungefährter Erbsen sei der Bundesrat in Erwägung eingetreten.

Abg. Brömel ist erfreut, daß die Frage des Petroleumzolles sich endlich ihrer Erledigung nähert und bittet, häufig die Nachweisungen über die Zollleinnahme wieder der Budgetcommission zuzuwenden.

Die Einnahmen aus den Zöllen werden darauf beauftragt, daß ich nicht durch das Gutachten glaube oder nicht, darüber kann ich mich hier nicht aussprechen. Vielleicht würde sich hier herausstellen, daß viele der Christen hier mehr Jude sind als ich, da sie mehr als ich ans alte Testament glauben. Hält Graf Mirbach einen Volksvertreter für zurechnungsfähig für sein Amt, wenn er seine Zustimmung zu den Akten der Gesetzgebung von solchen niedrigen Motiven abhängig macht? Ich bin seit 25 Jahren neunmal gewählt, aber nie als Jude oder als Christ, sondern als Deutscher. Wie soll ich denn gewählt sein als Vertreter der Interessen des Judentums? Hält er mich für so niedrig, daß ich nicht durch das Gutachten zu meinen Ansichten gekommen wäre? Glaubt er, es giebt in diesen Dingen eine jüdische und eine nichtjüdische Wissenschaft? Ein Herr, der so die Noblesse zu vertreten sich berufen fühlt, sollte einem Collegen doch nicht Gedanken unterstellen, die nur als außerordentlich niedrige und gemeine erscheinen können. In einem wirklich durchgebildeten Gehirn können solche Vorstellungen nicht entstehen. (Sehr richtig! links.)

Bei dem Ausgabettel „Staatssekretär 24 000 Mark“ bemerkt

Abg. Merckel (Reichsp.): Die Entwertung des Silbers ist keine bloße agrarische Frage. Wer nach Silberländern exportiert, wird davon sehr nahe beeindruckt. Auch Deutschland ist ein Silber produzierendes Land und hat an der Remonetisierung des Silbers das größte Interesse, in erster Linie aber die Silberbergwerke. Der Sozialdemokrat Ranft war, so lange er Vertreter des Kreises Freiberg war, ein Silberwährungsmann, nachher erst, als er mit dem Wahlkreis nichts mehr zu thun hatte, war er zur Goldwährung übergegangen. Herr Bamberger kennt die Bergwerke in den Bergbaudistricten überhaupt nicht; sein Urteil hat also nur sehr bedingte Autorität. Unser Bergbau ist alt, unsere Schächte sind tief, die Produktionskosten also hoch. Anders in Amerika und Australien. Die Zeit, wo man auch dort die reichen Erze erschöpft haben und zu ärmeren übergegangen, gezwungen sein wird, liegt noch fern. Es steht damit ebenso, wie mit dem Rathe des Abgeordneten Barth an die Landwirtschaft, die amerikanische Konkurrenz nicht zu fürchten, da doch der Kaufbau in Amerika bald in Ende sein müsse. Wenn wir darauf warten sollen, ist uns nicht geholfen. Bis dahin ist der deutsche Bergbau längst tot. Der Bergmann wird brodlos werden, aber er wird nicht einsehen, daß er einer Naturnothwendigkeit, einer Umwandlung unterliegt, die unvermeidlich war. Wenn auch Herr v. Malzahn erklärt hat, daß die verbündeten Regierungen den Bestrebungen zur Hebung des Silberpreises sympathisch gegenüberstehen, so dankt der befreide Bergmann auch für dieses kleine Entgegenkommen. Mögen die Regierungen kein Mittel unverfugt lassen, die schweren Schädigungen, welche die Silberentwertung bringt, dem deutschen Bergmann fernzuhalten. Es ist das keine agrarische Agitation, sondern der Hilferuf einer dem Untergang verhängten Industrie! (Beifall rechts.)

Abg. Graf Mirbach (cons.): Die Währungsfrage steht jetzt darunter im Vordergrunde, daß wir sie auch bei dieser Gelegenheit zu berühren verpflichtet sind. Der Reichskanzler hält ihre Lösung ohne England nicht für möglich. Wir sind der Meinung nicht. Der Kern der Währungsfrage ist gar nicht schwer, hat der Reichssekretär mit Recht erklärt, während der Reichskanzler die Frage zu den schwierigsten rechnet. Jedenfalls hat Herr Bamberger mit seiner Erklärung, der Bimetallismus sei tot, kein Glück gehabt. Wie wenig er tot ist, zeigen sowohl unsere Verhandlungen hier, als auch die Ereignisse im englischen Unterhause, wo Gladstone eine Niederlage erlitten hätte, wenn ihm nicht die Iren zu Hilfe gekommen wären. Auch die Erklärung des Vertreters Englands auf der letzten Münzkonferenz mögen die Goldwährungsmänner beachten. Selbst die „Freiheit, Ing.“ gibt zu, daß ein Heben der Preise die Wirkung der Doppelwährung sein würde. Endlich bezieht sich mich auf die neulichen Äußerungen des national-liberalen Abg. Friedberg, der ein Professor und alles andere eher als ein Agrarier ist. Redner vertheidigt sich dann gegen die Zufammenstellung der bimetallistischen und antisemitischen Agitation, wie sie der Reichskanzler beliebt habe. Die Juden seien als Vertreter des internationalen Kapitals zu dessen Vertheidigung berechtigt, aber das Dominieren des internationalen Kapitals sei für die nationale Arbeit schädlich. (Beifall rechts.) Bei den Handelsverträgen habe man nach der Meinung der Regierung rechtzeitig das Angebot machen müssen, um den wirtschaftlichen Ruin zu verhindern. Genau so liege es auf dem Gebiete der Währungsfrage; auch hier sollten die Regierungen ihr Angebot machen. Die Landwirtschaft verlangt diesen Standpunkt unbedingt. Zunächst werde beantragt werden, eine Enquête zu veranstalten, sobald wie sie sich eine Lösung der Währungsfrage ohne England denke.

Abg. Büsing (nat.-lib.): Zu einer Änderung der Währung liegt absolut keine Veranlassung vor. Die Lehren der Bimetallisten sind eine Kette von Widersprüchen. Die Einführung der Goldwährung in Deutschland hat die Entwertung des Silbers nicht verschafft. Für jeden Unbefangenen ist es doch selbstverständlich, daß es richtiger ist, die Währung auf ein Metall, und zwar auf das kostbare zu stützen. (Lebhafte Rufe rechts: Nein!) als auf zwei, deren Relation sich auf dem Weltmarkt jeden Augenblick ändern kann. Die üblichen Folgen der Doppelwährung aus Anlaß der Überproduktion an Silber sind ja in Amerika augenscheinlich. Auf die Dauer ist es eben unmöglich, zwei Metalle neben einander zum Nachtheile aller anderen Werte zu machen. Was Herr Graf Mirbach erklärt, läßt die Deutung zu, daß die Doppelwährung einzig im Interesse des Großgrundbesitzers liegt. (Widerspruch rechts.) Über die russische Währung ist Deutschland nicht Herr. Die Schwankungen der russischen Rubel werden die Baden-krone beeinträchtigen. Die Schwankungen würden aber erheblich geringer werden, wenn Herr Graf Mirbach und seine Freunde dem Handelsvertrag mit Russland zustimmen wollten. Anerkannt muß werden, daß zur Zeit in Deutschland eine starke bimetallistische Strömung vorhanden ist, ein praktischer Verlust auf diesem Felde könnte aber sehr leicht das Unreale an die Stelle des Soliden setzen; auf keinem Gebiet verlieren sich Experimente so sehr, als auf diesem. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Mit so allgemeinen Bemerkungen wie: „Es ist sonnenklar, es leuchtet jedem Unbefangenen ein, daß die Goldwährung das einzig Richtige ist“, können wir absolut nichts anfangen. Auch die Goldwährungsleute in England haben zugegeben, daß durch die Silberentwertung ein Druck auf die Preisliste ausgeübt ist. Nach der Aufsiedlung des kalifornischen Goldfelder stieg die Goldproduktion um das Doppelte und der Gedanke wurde damals ernsthaft erörtert, Gold zu demonetarisieren und Silber zum einzigen Währungsmittel zu machen. Herr Büsing hat ein großes Interesse an der Goldwährung, weil die Banken und die Bankiers ein großes Interesse an ihrer Aufrechterhaltung haben. Daß wir unsere Zustimmung zur Militärvorlage von dem Eingehen der Regierung auf die Doppelwährung abhängig machen, wie behauptet worden ist, muß ich zurückweisen. Man behauptet sich bis zur dritten Wiederholung.

Abg. Bamberger (frei.): Nicht mit dem Eintreten der deutschen Goldwähr

[Bankier Rauha beim Kaiser.] Montag Mittag um 1 Uhr wurde, wie wir bereits melden, der Bankier Alfred Rauha vom Kaiser in Audienz empfangen. Er sprach, der „König. Stg.“ zu folge, seinen Dank für die thakräftige Unterstützung aus, die ihm der kaiserliche Botschafter Fürst Radolin bei der Concessionsertheilung für die Anatolischen Bahnen gewährt habe und ohne welche die Concession wahrscheinlich in andere Hände gefallen sein würde. Der Kaiser entgegnete, daß ihn die Concessionsertheilung sehr gefreut habe, weil sie fruchtbare türkische Provinzen dem Verkehr erschließen und der deutschen Industrie zu Gute kommen und deutschen Werken und Arbeitern Arbeit und Verdienst verschaffen werde. Der Kaiser fügte hinzu, daß die Concessionsertheilung der Weisheit des Sultans zu verdanken sei, der durch die Bevorzugung eines deutschen Unternehmens die Concession jedes politischen Charakters entkleidet habe. Für Deutschland handle es sich nur um eine industrielle und finanzielle Unternehmung, während die Übertragung an Angehörige einer anderen Nation unter Umständen eine politische Bedeutung hätte erlangen können.

[Der graue Militärmantel.] Der Kaiser hat in diesen Tagen eine Cabinets-Ordre vollzogen, wodurch der bekannte graue Mantel (Paletot), wie er in den letzten Monaten probeweise vielfach getragen wird, an Stelle des bisher üblichen schwarzen Mantels (Paletots) für die Generale der preußischen Armee als Dienstkleidungsstück eingeführt ist. Für alle anderen Offiziere und Mannschaften bleibt zunächst der schwarze Mantel Dienstkleidungsstück.

[Das Mittelschulgesetz.] Wie wir bereits angekündigt haben, handelt es sich in dem gegenwärtig in Ausarbeitung begriffenen Mittelschulgesetz im wesentlichen nur um die Regelung der Ruhegehäuser der Lehrer und Lehrerinnen an den mittleren Schulen, sowie der Versorgung der hinterbliebenen dieser Lehrer. Die Pensionsverhältnisse der Mittelschullehrer sind bei der überwiegenden Mehrzahl der Anstalten durch Statute geordnet. Im Jahre 1892 gab es 215 Mittelschulen, 191 höhere Mädchenschulen, 59 Rectoratschulen u. s. f. Es waren bei 264 Anstalten die Verhältnisse nach Analogie des Volksschullehrenpensionsgesetzes, bei 74 nach Maßgabe des Staatsdienerpensionsgesetzes, bei 60 anderweit, bei dem kleinen Rest gar nicht geordnet. Durch die gesetzliche Regelung der Pensionsverhältnisse wird also wenig geändert. Was die Versorgung der hinterbliebenen von Mittelschullehrern betrifft, so gehören die meisten der Elementarlehrerwitwenkasse an. Sie zahlen keine Beiträge, ihre Relikten erhalten 250 Mk. Pension. Dieselben stehen hinter den Relikten der Volksschullehrer insofern zurück, als das Gesetz vom 27. Juni 1890 über die Fürsorge für die Waisen der Volksschullehrer auf sie keine Anwendung findet. Die akademisch gebildeten Lehrer der mittleren Schulen gehören in der Regel der allgemeinen Witwenversorgungsanstalt an. Einige Gemeinden haben auch die Mittelschullehrer zu den Communalbeamten-Witwenkassen hinzugezogen oder neuerrichtet in die provinialbeamten-Witwen- und Waisenkassen eingekauft.

[Drucksfehler.] In dem Artikel: „Wie wirkliche Bauern über den „Bund der Landwirthe“ denken“ in der Nr. 2021 unseres Blattes befindet sich ein unliebsamer Drucksfehler, den wir hiermit berichtigten wollen. Es muß in der Rede des Abg. Thommen statt: Er (der Bauer) müsse in Waffen auftreten — heißen: In Massen. — Bei dieser Gelegenheit sei nochträglich noch ein anderer Drucksfehler berichtig: In einem Artikel in Nr. 20017 der „Danziger Zeitung“, überrieben „Die Finanzen des Tivoli-Bundes“ war angegeben, daß Mitglied des Bundes der Landwirthe werden könne, wer den Jahresbeitrag mit 5 Prozent des Grundsteuerertrages zahlt. Es mußte natürlich, wie jeder aufmerksame Leser ohnehin schon selbst berichtet haben wird, statt „Grundsteuerertrag“ heißen „Grundsteuerertrag“.

Österreich-Ungarn.

Pest, 14. März. [Abgeordnetenhaus.] Bei der fortgesetzten Beratung des Cultusbudgets erklärte der Staatssekretär Dr. v. Berjenczy, die liberale Kirchenpolitik beherrsche die Gemüther derartig, daß keine Negierung heute mehr die Kraft habe, die Frage von der Tagesordnung abzusehen. (W. T.)

Italien.

Rom, 14. März. Aus Anlaß des heutigen Geburtsdays des Königs fand hier eine glänzende Truppenparade statt. Der König, begleitet von dem Herzog von Genua, dem Grafen von Turin und dem deutschen Botschafter Grafen Solms, sowie einem glänzenden Gefolge ließ die Garnison von Rom Revue passieren. Die Königin wohnte dem militärischen Schauspiel zu Wagn bei. Der König und die Königin wurden von den Volksmassen jubelnd begrüßt; auch dem Grafen Solms wurden beim Verlassen des Quirinals lebhafte Ovationen dargebracht. (W. T.)

Coloniales.

Berlin, 14. März. Gestern ist hier Dr. Stuhlmann, der Ermin Pasha auf seiner ganzen Reise begleitet hatte, bis dieser ihn nach den Seen voraussichtlich eingetroffen. Dr. Stuhlmann war schon vom Oktober v. J. bis Januar d. J. in Deutschland, seitdem lebte er in Neapel. Auf seine Veranlassung werden nach Verlauf von ungefähr einer Woche zwei Iverginnen, die in Centralafrika wohnhaft waren, in Hamburg eintreffen. Professor Dörrhov wird dieselben bei ihrer Anwesenheit hier selbst untersuchen.

London, 14. März. Der englische Commissar in dem westafrikanischen Delftshofprotectorat, Sir Claude Mac Donald, begibt sich morgen nach Berlin zu Verhandlungen über die Abgrenzung des Rio del Rey-Gebietes (Westgrenze von Kamerun). (W. T.)

Am 16. März: **Danzig, 15. März.** M.-A. 6.13. G.A. 6.16. G.U. 6.3. Der englische Commissar in dem westafrikanischen Delftshofprotectorat, Sir Claude Mac Donald, begibt sich morgen nach Berlin zu Verhandlungen über die Abgrenzung des Rio del Rey-Gebietes (Westgrenze von Kamerun). (W. T.)

Für Freitag, 17. März: Veränderlich, kalt; lebhaft windig. Sturmwarnung f. d. Küsten.

Für Sonnabend, 18. März: Abwechselnd wolkig, Niederschläge; kalt. Starke Winde a. d. Küsten.

[Sturmwarnung.] Ein heute Mittags 1 Uhr angekommenes Telegramm der Seewarte meldet: Ein tiefses barometrisches Minimum, ostwärts fortwährend, über dem norwegischen Meer macht stürmische südwästliche und westliche Winde wahrscheinlich. Die Küstenstationen haben das Signal: „Südwäststurm“ zu geben.

[Herr Oberpräsident v. Gohler] hat sich gestern nach Königsberg begeben.

[In Sachen des Handelsvertrages mit Russland] hat das Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft ebenfalls eine Zustimmungsaufnahme an den Reichskanzler gerichtet. Wir werden den Wortlaut derselben in der nächsten Nummer mittheilen.

[Zur Sonntagsruhe.] Für den Kreis Danziger Niederung ist in Ausführung der neuen Regierungs-Verordnung über die Sonntagsruhe Folgendes bestimmt:

An denjenigen Sonn- und Feiertagen, an welchen gesetzlich eine fünfstündige Beschäftigungszeit zulässig ist, in allen Ortschaften des Kreises der Verkauf von Back- und Conditorwaren während der Nachmittagsstunde von 4 bis 5 Uhr und der stehende Milchhandel während der Nachmittagsstunden von 4 bis 6 Uhr; an den ersten Feiertagen des Weihnachts-, Öster- und Pfingstfestes der Handel mit Colonialwaren, Blumen, Tabak, Cigarren, Wein und Bier in den Amtsbezirken Prößnitz, Groschenkampe, Einklage, Heubuden, Reichenberg, Bürgerwiesen, Wohlau, Gotteswalde, Römermark, Gr. Sünder und Truteneau während der Vormittagsstunden von 8 bis 9 und von 11 bis 12 Uhr, in den Amtsbezirken Stuthof, Stegen, Pasewark, Weichselmünde und Zugdam während der Vormittagsstunden von 8 bis 9½ und von 11½ bis 12 Uhr, der Milchhandel Nachmittags von 4 bis 6 Uhr gestattet.

[Von der Weichsel.] Heute Mittag ist auf der unteren Nogat Eisgang eingetreten, und zwar von Einlage abwärts. Die Wasserstände haben sich nicht wesentlich geändert: Pieckel 3.62, Marienburg 3.14, Marienauer Wachtube 4.10, Wolfsdorf 4.28 Mtr. Der Neuereiche'sche Ueberfall ist am oberen Ende geräumt und zieht jetzt kräftig Wasser.

Auf der oberen Weichsel fällt das Wasser andauernd. Heute wird per Telegramm aus Warschau 2.06 Meter Wasserstand gemeldet.

[Vaterländischer Frauen-Verein.] In der heute Mittag unter dem Vorsitz der Frau Oberpräsident v. Gohler im Festsaale des Oberpräsidialgebäudes abgehaltenen Generalversammlung des Vaterländischen Frauen-Vereins für die Stadt Danzig erstattete zunächst der Schriftführer, Herr Regierungsrat Dr. Röhne, den Verwaltungsbericht. Es wurde dann beschlossen, die Verleihung der Corporationsrechte nachzujuichen und demgemäß das Statut einzurichten. Aus Gesundheitsrücksichten sind aus dem Vorstande ausgeschieden Frau Nisbeth und Frau Oberregierungsrath Bühlers. An ihrer Stelle wurden Frau Oberregierungsrath Rathlev und Frau Polizeidirector Wessel gewählt, außerdem für eine freigewordene Vorstandsstelle Frau Stadtrath Samter. Ende Mai soll in dem Franziskanerkloster ein Bazar abgehalten werden.

[Westpreußischer Fischerei-Verein.] Bekanntlich werden von dem westpreußischen Fischerei-Verein u. a. auch für Erlegung von Fischotters Prämiens geahnt. Dem Antrage auf Bewilligung der Prämie ist die von dem Balg des getöteten Thieres abgetrennte Raie in trockenem und geruchfreiem Zustande beizufügen. Auf Wunsch machen wir auf diese Bedingung besonders aufmerksam, da dem westpreußischen Fischerei-Verein sehr oft mit dem Antrage auf Prämienverhängung die verschiedenen Körpertheile von Fischen als Belegstücke vorgelegt sind und einem solchen Antrage natürlich nicht entsprochen werden kann.

[Personen beim Militär.] Der Commandeur der 35. Division, General-Lieutenant v. Azewski in Graudenz ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension zur Disposition gestellt und ihm der Kronen-Orden 1. Klasse mit Schwertern am Ringe verliehen worden. Der Second-Lieutenant Ismail Nesicet, à la suite der Arme und dem rhein. Pion. Bat. Nr. 8 zur Dienstleistung überwiesen, ist vom 1. April d. J. ab auf sechs Monate zur Fortification Danzig commandirt.

[Aus- und Abwanderung.] Während im Regierungsbezirk Marienwerder vom November 1891 bis Januar 1892 1479 Personen und vom August bis Oktober 1892 457 Personen dauernd die Heimat verlassen haben, belief sich die überseeische Auswanderung für die drei Monate November 1892 bis Januar 1893 nur auf 679 Personen, von welchen 459 der deutschen, 220 der polnischen Nationalität gehörten. Von früher ausgewanderten sind 30 Personen, zur Hälfte Deutsche, zur Hälfte Polen, in die alte Heimat zurückgekehrt.

[Fortbildungsschule.] Die Mitglieder des Curatoriums der staatlichen gewerblichen Fortbildungsschule werden morgen Abend die hiesige gewerbliche Fortbildungs- und Fachschule besichtigen.

[Untersuchung von Burgwällen.] Die Provinzial-Kommission für die Verwaltung der Provinzial-Museen beabsichtigt demnächst alle in unserer Provinz vorhandenen Burgwälle (Schloßberge, Schwedenwälle) untersuchen zu lassen.

[Diebstahl.] Das Dienstmädchen Mathilde M., welches seit November v. J. im Dienst bei dem Gastwirth L. in der Läkerkasse sich befand, hat denselben zu verschiedenen Malen bestohlen. Es wurden gestern bei ihr noch Sachen im Gesamtwerte von 57 Mk. vorgefunnen. Die M. wurde verhaftet.

[Schwurgericht.] In der heutigen Sitzung kam die Anklagesache gegen den Sattler und früheren Nachwächter Eduard Remus aus Güttland wegen Brandstiftung zur Verhandlung. Der Angeklagte, welcher im Alter von 37 Jahren steht und schon einmal wegen Körperverlehung vorbestraft ist, wird beschuldigt, in der Nacht vom 5. zum 6. Januar d. J. einen dem Gütsbester Mannow in Güttland gehörigen Strohstaken von ca. 40—50 Tüder vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben. Remus bestreitet auf das entschiedenste seine Schuld. Die Anklage baut sich auf einem Indizienbeweis auf, bei welchem ein in dem abgebrannten Staken am nächsten Morgen aufgefunderner Fausthandschuh und die Spur eines mit einem Spaten versehenen Stockes und eines mit einem Hufeisen versehenen Stiefelabsatzes die Hauptrolle spielen. Alle drei Gegenstände fallen dem Angeklagten gehört haben und liegen heute als Beweismittel vor. Herr Mannow giebt den Schaden, der ihm durch den Brand des Stakens entstanden, auf ca. 1000—1100 Mk. an und bekundet gleichzeitig, daß die kleine Tochter des Angeklagten in dem Lokaltermin auf wiederholtes eindringliches Befragen den gefundenen Handschuh ausdrücklich an verschiedene Eigentümlichkeiten, so z. B. einem Fleck, als den ihres Vaters erkannt und bezeichnet habe. Dasselbe sagt auch der Gemeindevorsteher Bulcke aus. Das Motiv wird auf Rache zurückgeführt, da Herr Mannow den Contract mit dem Angeklagten in seiner Eigenschaft als Sattler gelöst und ihm später die Bestäftigung ganz entzogen hatte. Von den Arbeitern Siech und Schakanowski wird beklagt, daß Remus in der Brandnacht zweifellos seinen unten mit einem Spaten versehenen Stock und seine Stiefel, die an den Abfählen mit Hufeisenen beschlagen waren, getragen habe. Siech versichert ferner, daß der Angeklagte sich von ihm einen Handschuh für die rechte Hand habe borgen wollen, da er den eigenen verloren zu haben erklärt; Schakanowski erkennt mit vollster Sicherheit den auf der Brandstelle gefundenen Handschuh als Eigentum des Remus wieder.

[Haushaltungsschule in Marienburg.] Zu der Schulprüfung der Haushaltungsschule in Marienburg, die morgen stattfinden soll, werden sich Frau Oberpräsident v. Gohler mit mehreren Damen dorthin begeben.

[Polizei-Bericht vom 15. März.] Verhaftet: dreizehn Personen, darunter 1 Arbeiter, 1 Mädel wegen Diebstahls, 8 Obdachlose, 1 Bettler, 1 Betrunkenen. — Gestohlen: 1 dunkelblaues Wollkleid, 1 schwarzes Jaquet. — Gefunden: 1 Pfandschein, 1 Cigarrenspitze, 1 Schlüssel; abzuholen im Fundbureau der königl. Polizei-Direction. — Verloren:

1 Portemonnaie mit 24 Mk., 1 Portemonnaie mit Pfandschein; abzuholen im Fundbureau der königl. Polizei-Direction.

Aus der Provinz.

[Elbing, 14. März.] In Betreff der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe hat die hiesige Polizeiverwaltung in Ausführung einer diesbezüglichen Bestimmung des Herrn Regierungs-Präidenten für unsere Stadt folgendes bestimmt: I. Die Pause für den Hauptgottesdienst an denjenigen Sonn- und Feiertagen, an welchen gesetzlich eine fünfstündige Beschäftigungszeit zulässig ist, wird auf die Zeit von 9½ bis 11½ Uhr Vormittags festgesetzt. II. Für die 4 Sonntage vor Weihnachten, sowie für die 2 Sonntage, welche in die Jahrmarktstage fallen, wird die Beschäftigungszeit um 3 Stunden und zwar von 3—6 Uhr Nachmittags erweitert. III. An denjenigen Sonn- und Feiertagen, an welchen gesetzlich eine fünfstündige Beschäftigungszeit zulässig ist, wird auch der Verkauf von Back- und Conditorwaren während der Nachmittagsstunden von 4 bis 6 Uhr, der der Vorstellung des Weihnachts-, Öster- und Pfingstfestes der Handel mit Colonialwaren, Blumen, Tabak und Cigarren, sowie mit Wein und Bier während der Vormittagsstunden von 8 bis 9 und von 11 bis 12 Uhr, der Milchhandel während der Vormittagsstunden von 8 bis 9½ und von 11½ bis 12 Uhr, der Milchhandel Nachmittags von 4 bis 6 Uhr gestattet.

[Wortlaut derselben in der nächsten Nummer mittheilen.]

[Danzig, 15. März.] Auf Lieferung 745 Gr. bunt per April-Mai zum freien Verkehr 148 M. Br., 148 M. Gd., per Mai-Juni zum freien Verkehr 150 M. Br., 149 M. Gd., per Mai-Juli transit 127 M. Br., 126 M. Gd., per Juni-Juli transit 129 M. Br., 128 M. Gd.

[Regulierungspreis 714 Gr. lieferbar inländisch 117 M. unterpolnisch 103 M.]

[Auf Lieferung per April-Mai inländisch 118½ M. bei. unterpoln. 104½ M. Br., 103½ M. Gd., per Mai-Juni inländisch 120 M. bei. do. unterpoln. 105½ M. Br., 104½ M. Gd., per Juni-Juli inländ. 122½ M. bei. der Sept.-Oktbr. inländ. 124½ M. bei. der Zolle von 1000 Kilogr. grobe 674 Gr. 130 M. bei. Regulierungspreis 714 Gr. lieferbar inländisch 117 M. unterpolnisch 103 M.]

[Auf Lieferung per April-Mai inländisch 118½ M. bei. unterpoln. 104½ M. Br., 103½ M. Gd., per Mai-Juni inländisch 120 M. bei. do. unterpoln. 105½ M. Br., 104½ M. Gd., per Juni-Juli inländ. 122½ M. bei. der Sept.-Oktbr. inländ. 124½ M. bei. der Zolle von 1000 Kilogr. weiss 132—150 M. bei. roth 112—124 M. bei. schwedisch 110 M. bei. Spiritus per 10000 Liter conting. loco 53 M. Gd., März-April 53 M. Gd., März-April 33 M. Gd. — Regulierungspreis 714 Gr. lieferbar inländisch 117 M. unterpolnisch 103 M. — Getreidebörse (h. v. Morstein) Wetter: Veränderlich. — Wind: SW. — Weizen. Inländischer wie Transitweizen bei kleinem Angebot ruhig, unverändert. Bezahlt wurde für inländischen Weizen 771, 783 Gr. 145 M. fein weiß 821 Gr. 148 M. hochbunt gläser 783 Gr. 146 M. für polnischen zum Transit hellbunt befehlt 789 Gr. 125 M. per Zonne. Termine: April-Mai zum freien Verkehr 148 M. Br., 147½ M. Gd., transit 125 M. Br., 124 M. Gd., Mai-Juni zum freien Verkehr 150 M. Br., 149 M. Gd., transit 127 M. Br., 126 M. Gd., Juni-Juli transit 129 M. Br., 128 M. Gd., Regulierungspreis zum freien Verkehr 145 M. transit 123 M. — Regen. Inländischer matter, Transit unverändert. Bezahlt ist inländischer 732, 738, 750 Gr. 117 M. 756 Gr. 116 M. für polnischen zum Transit 753 Gr. 102 M. Alles per 714 Gr. per Zonne. Termine: April-Mai inländ. 118½ M. bei. unterpoln. 104½ M. Br., 103½ M. Gd., Mai-Juni inländ. 122½ M. bei. unterpoln. 105½ M. Br., 104½ M. Gd., Juni-Juli inländ. 122½ M. bei. Regen. Inländischer wie inländischer 732, 738, 750 Gr. 117 M. 756 Gr. 116 M. für polnischen zum Transit 753 Gr. 102 M. Alles per 714 Gr. per Zonne. Termine: April-Mai inländ. 118½ M. bei. unterpoln. 104½ M. Br., 103½ M. Gd., Mai-Juni inländ. 122½ M. bei. unterpoln. 105½ M. Br., 104½ M. Gd., Juni-Juli inländ. 122½ M. bei. Regen. Inländischer wie inländischer 732, 738, 750 Gr. 117 M. 756 Gr. 116 M. für polnischen zum Transit 753 Gr. 102 M. Alles per 714 Gr. per Zonne. Termine: April-Mai inländ. 118½ M. bei. unterpoln. 104½ M. Br., 103½ M. Gd., Mai-Juni inländ. 122½ M. bei. unterpoln. 105½ M. Br., 104½ M. Gd., Juni-Juli inländ. 122½ M. bei. Regen. Inländischer wie inländischer 732, 738, 750 Gr. 117 M. 756 Gr. 116 M. für polnischen zum Transit 753 Gr. 102 M. Alles per 714 Gr. per Zonne. Termine: April-Mai inländ. 118½ M. bei. unterpoln. 104½ M. Br., 103½ M. Gd., Mai-Juni inländ. 122½ M. bei. unterpoln. 105½ M. Br., 104½ M. Gd., Juni-Juli inländ. 122½ M. bei. Regen. Inländischer wie inländischer 732, 738, 750 Gr. 117 M. 756 Gr. 116 M. für polnischen zum Transit 753 Gr. 102 M. Alles per 714 Gr. per Zonne. Termine: April-Mai inländ. 118½ M. bei. unterpoln. 104½ M. Br., 103½ M. Gd., Mai-Juni inländ. 122½ M. bei. unterpoln. 105½ M. Br., 104½ M. Gd., Juni-Juli inländ. 122½ M. bei. Regen. Inländischer wie inländischer 732, 738, 750 Gr. 117 M. 756 Gr. 116 M. für polnischen zum Transit 753 Gr. 102 M. Alles per 71

Zu haben
in den meisten
Papier-, Schreib-
waren- etc.,
Handlungen,
sonst direkt.

Die Geburt eines Knaben zeigen
ergeben an
Danzig, den 14. März 1893.
Bruno v. Münchow
und Frau.

Die glückliche Geburt einer
gefundenen Tochter zeigen hier-
mit höchstfreut an
Danzig, 14. März 1893.
Ed. Alegel und Frau.

Heute Nachts gleich nach 12 Uhr
entstieß sanft und ohne
Zobeskrampf nach vielen jahre-
langen Leiden im 76. Lebens-
jahr unsere liebe Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter,
Urgroßmutter, Schwester, Schwä-
gerin und Tante, die Witwe

Elisabeth Krüger,
geborene Möbel.

Um stille Theilnahme bitten
Die
tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Zuchau, den 14. März 1893.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 18. Nachm. um 1 Uhr,
vom Sterbehause aus nach dem
Reinfelder Kirchhofe statt. (7007)

Die Erneuerung der Loope
zur 3. Klasse

188. Königl. Preuß. Lotterie
muß bei Verlust des Anrechts
bis zum 16. d. Mts., Abends
6 Uhr, planmäßig erfolgen.

G. Brinckman,
Königl. Lotterie - Einnehmer.

Nach mehrjähriger Praxis
habe ich mich hier als

Specialarzt

für
innere, Nerven- und
Hautkrankheiten
niedergelassen und wohne bis
auf Weiteres

Langgarten 112.
Sprechst. 8½-10½, 4-6 Uhr.
Danzig, im März 1893.

Dr. Szag.

Hermann Lau,
Langgasse 71.
Musikalisch-Handlung u.
Musikalien-Leih-Anstalt.
Abonnements für hiesige und
Auswärtige zu den
günstigsten Bedingungen.
Neukästen sofort nach
Erscheinen. (2079)
Auf Wunsch
Ansichtsendungen.

Junge Kaufleute
erhalten billigst Englische Con-
versation u. Correspondenz von
einer Engländerin. Adr. unter
8435 in der Exp. d. Ztg. erb.

Künstliche Zahne etc.
Paul Zander,
Breitgasse 105.

Messina-
Pomeranzen,
Messina-
Apfelsinen,
Messina-Citronen
empfiehlt und empfiehlt

Otto Boesler,
vorm. Carl Studt,
Heilige Geistgasse Nr. 47.

Italienische Brünnchen,
römische Pflaumen,
Messina-Apfelsinen,
Messina-Blut-Apfelsinen,
reife Pomeranzen
empfiehlt

Max Lindenblatt,
Heilige Geistgasse 131.

Delicaten Räucherlachs,
Brathering,
Kieler und Elb-Sprotten,
Weichselcaviar
empfiehlt billigst (7001)

A. W. Prahl,
Breitgasse 17.

Echte Kieler Sprotten,
frischen delicates Räucherlachs
a. 2.00 M.,
beste Zafelbutter
a. 1.20 M.

empfiehlt und empfiehlt

Albert Gross,
Hl. Geistgasse 29. (7010)

Russischen Thee
a. 4. 5. 6 M.
direk. Import, empfiehlt

F. Gorczyński,
119. Hundegasse 119.

Zur Frühjahrs-Saison
empfiehlt mein Atelier zur
Anfertigung eleganter so-
wie einfacher Costüme nach
Pariser Journalen.

Anna Graul,
Modistin, Langgasse 27¹.

160 000 Ziegelsteine,
in Neufahrwasser, zu verkaufen
bei J. Witt, Büttelgasse 9 Danzig.

Auf ein herrlich Grünblatt, schön
Lage vorl. Sicherheit, suche je
10-15000 M. gleich oder später.

Gef. Offerten unter Nr. 7030
in d. Exped. d. Ztg. erb.

Badeeinrichtung
wegen Raumangst sehr billig
zu verkaufen, Mottauerstraße 13.

Wittne ev., 30 Jahre alt, ver-
braucht m. d. keinen Küche, sucht
1. April Stell. a. Wirthshausen
Gef. Offerten unter 7000 in
der Exped. dieser Ztg. erb.

Ein junger Materialist
noch bis 1. April in Stellung
bietet um weiteres Engagement.

2 Bettdecken in Filet-guipure
(Handarbeit) sind bill. z. verk.
Wollweberasse 29 im Laden.

Dampfboot,
neu h. 16 Pers. verh. billig
Globek, Berlin Skaltherstr. 125.

Leonhardi's Tinten

Spezialität: Staatlich geprüfte u. boglaubigte Eisengallus-(Normal-)Tinten, Klasse I u. II.

Von unübertroffener Güte u. billig, weil bis zum letzten Tropfen klar u. verschreibbar.

Jede Füllung trägt
einen Hinweis auf
staatliche
Prüfung.
Fabrik Dresden,
gegründet 1826.

Nachruf.

Am 14. ds. Mts. verschied nach langen
schweren Leiden der Landgerichts-Präsident,
Geheimer Ober-Justizrat,

Herr Franz Drebs v. Schumann,
nachdem er zwölf Jahre lang an der Spitze
der hiesigen Gerichte gestanden.

Mit reichen Geistesgaben und umfang-
reichen Kenntnissen auf allen Gebieten des
Rechts hat der Verstorbene vorzügliche
Charaktereigenschaften, strenge Rechtlichkeit
und wahre Leutseligkeit gegen Untergebene
vereinigt und sich dadurch die Hochachtung
und Liebe aller Mitglieder der unterzeichneten
Behörden und der Rechtsanwaltschaft er-
worben.

Das Andenken an ihn wird bei uns weit
über sein Grab hinaus fortleben.

Danzig, den 15. März 1893. (7018)

Das Land- und Amtsgericht,
die Staatsanwaltschaft und die
Rechtsanwälte.

Einem geehrten Publikum in Danzig und Umgegend
die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage ein
verbunden mit
Stellenvermittlung der Seeleute,
eröffne, und bitte, mein neues Unternehmen gütigst zu
unterstützen.
Danzig, 15. März 1893. Hochachtungsvoll
J. H. Schultz,
7051 Langebrücke 42, am Johannisthor.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem hochgeehrten Publikum Danzigs und Umgegend
die ganz ergebene Mittheilung, daß ich mit dem heutigen Tage
Langgasse Nr. 13
in den Räumen der ersten Etage
(früher Cuttners Möbel-Magazin)
ein
Möbel-, Spiegel- und Polster-
waaren-Magazin

eröffne.
Es wird mein Bestreben sein, durch Lager von nur
guten Waren aus den renommiertesten Berliner Fabriken
und streng reelle Bedienung bei billigster Preisnotierung
das Vertrauen einer geehrten Kundschaft zu erwerben und
dauernd zu erhalten.

Hochachtungsvoll
Paul Kuhr jr.
Zur Besichtigung des Lagers late ergeben ein.
Danzig, den 15. März 1893.

Danziger
Velociped-Depot
von
E. Flemming, Danzig,

Lange Brücke, Dampfboot-Anlegerplatz,
größte und älteste Fahrrad-Handlung am Platz,
empfiehlt sein großes Lager diverser Neuheiten seiner beliebten
und leichtlaufenden Fahrräder für die Saison 1893.
Gleichzeitig empfiehlt als Generalverteiler die weltberühmten
Opel-Fahrräder

zu Engrospreisen.
Diverse gefahrene Rover und Hochräder, vorjährige Modelle,
verkaufe zu jämmerlich billigst.

Illustrierte Preissilben und gründlicher Unterricht gratis.

Reparaturen werden aufs sorgfältigste schnellstens ausgeführt.

Ungarwein-Auction, Breitgasse Nr. 4.

Donnerstag, den 16. März a. c., Vormittags präzise 11 Uhr,
werde ich in meinem Bureau, Breitgasse Nr. 4, im Auftrage des
Königl. Spekulators Herrn H. Hülsen wegen Annahme-Berneigungen
des Empfängers

60 Flaschen süßen Ober-Ungarwein,
60 Flaschen Meneser-Ausbruch,
40 Flaschen Wermuth (Ungar)

an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung öffentlich
versteigern.

Joh. Jac. Wagner Sohn,

vereid. Gerichts-Zarator und Auctionator.

Limburger Käse
empfiehlt

F. Gorczyński,
119. Hundegasse 119.

Zur Frühjahrs-Saison
empfiehlt mein Atelier zur
Anfertigung eleganter so-
wie einfacher Costüme nach
Pariser Journalen.

Anna Graul,
Modistin, Langgasse 27¹.

160 000 Ziegelsteine,
in Neufahrwasser, zu verkaufen
bei J. Witt, Büttelgasse 9 Danzig.

Auf ein herrlich Grünblatt, schön
Lage vorl. Sicherheit, suche je
10-15000 M. gleich oder später.

Gef. Offerten unter Nr. 7030
in d. Exped. dieser Ztg. erb.

Badeeinrichtung
wegen Raumangst sehr billig
zu verkaufen, Mottauerstraße 13.

Wittne ev., 30 Jahre alt, ver-
braucht m. d. keinen Küche, sucht
1. April Stell. a. Wirthshausen
Gef. Offerten unter 7000 in
der Exped. dieser Ztg. erb.

Ein junger Materialist
noch bis 1. April in Stellung
bietet um weiteres Engagement.

2 Bettdecken in Filet-guipure
(Handarbeit) sind bill. z. verk.
Wollweberasse 29 im Laden.

Dampfboot,
neu h. 16 Pers. verh. billig
Globek, Berlin Skaltherstr. 125.

Ich empfing wieder eine neue Sendung

1892 er

Havana-Importen

in vorzüglich schöner Waare.

Wilhelm Otto,

Langgasse 45, Ecke Mazzanische Gasse.

Den Eingang sämtlicher Neuheiten für die Frühjahrs- und Sommer-Saison

Original Pariser und Wiener Modellhüten, sowie
Damen- und Kinder-hüten, Blumen, Federn ic.

zeige ergeben an.

Durch Vergrößerung meiner Geschäftsräume und hervorragend
tückige Arbeitskräfte bin ich in der Lage, das Vollendete in dieser
Branche bieten zu können.

Hermann Guttmann,

jetzt Langgasse Nr. 66, parterre n. erste Etage.

Morgen Ziehung

der letzten diesjährigen

Weseler Kirchbau-Geldlotterie.

Hauptgewinn 9000 Mk.

Loose à 3,50 Mark

sind zu haben in der

Expedition der Danziger Zeitung.

Hermann Guttmann,

jetzt Langgasse 66,

parterre und I. Etage.

Folgende Artikel habe neu aufgenommen und unterhalte darin großes Lager

von dem elegantesten bis zum einfachsten Genre:

Tüll-Gardinen, Fächer, Regenschirme.

In Corsets

habe den Alleinverkauf der Firma

„Cordiers frères in Brüssel“

und zeichnet sich dieses Fabrikat durch plastisch schöne Formen und außerordentliche

Haltbarkeit aus.

Suche in einem Fabrik-, Bau-

oder Engras-Geschäft Stellung

als Buchhalter oder Stadtrec-

der. Abrechnen unter 6999 in

der Exp. d. Ztg. erbeten.

Das Ladenlokal

Hundegasse 117 Ecke Postgasse

nebst Wohnung und großem Keller,

auch getheilt, für kleinere

Contorarbeiten anzustellen.

Bewerbungen sind nur

schriftlich mit Angabe früherer

Hätigkeit an uns zu

richten.

Dominick & Schäfer.

Danziger Allgemeiner

Gewerbe-Verein

Heilige Geistgasse.

Donnerstag, d. 16. März 1893.

Abends 8 Uhr,

3. Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Nachberichtigung zum Tit. 13

des Etats.

2. Declaracion des Rechnung

der Hilfskasse pro

Beilage zu Nr. 20027 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 15. März 1893.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 14. März, 11 Uhr.

Am Ministerialamt: Graf zu Guleburg und Commissarien.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Änderung des Wahlverfahrens wird fortgesetzt beim § 2, welcher in der Vorlage und in den Commissionsbeschlüssen übereinstimmt lautet:

"Wo directe Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Staat veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer."

Abg. v. Zedlitz (freicons.) beantragt, diesen § 2 folgenden Zusatz zu geben: "Sind solche Gemeinden oder Gutsbezirke mit anderen Gemeinden, in welchen directe Gemeindesteuern erhoben werden, zu einem gemeinsamen Urwahlbezirk vereinigt, so können die leitenden Gemeinden verlangen, daß auch für sie an Stelle der directen Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Staat veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer."

Abg. Weber-Halberstadt (nat.-lib.) will diesem Zusatz in den leichten Worten von „so können“ ab, folgende Fassung geben: „So tritt in diesen Gemeinden an Stelle der directen Gemeindesteuern die vom Staat veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, sofern der Beitrag der letzteren Steuer höher ist, als der Beitrag der directen Gemeindesteuern.“

Nach kurzer Debatte wird § 2 nach der Vorlage gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und des größten Theiles der Freiconservativen genehmigt.

§ 2 ist von der Commission neu eingeschaltet; er lautet: „Auch in Gemeinden, welche in mehrere Urwahlbezirke getheilt sind, wird für jeden Urwahlbezirk eine besondere Abteilungsliste gebildet.“ — Die Nationalliberalen v. Benda u. Gen. beantragen die Streichung dieses Paragraphen.

Abg. Francke-Löbber (nat.-lib.) weist darauf hin, wie ungünstig die Drittteilung in dem Urwahlbezirk gewirkt habe in Berlin. In der Nähe der Ministerien in der Wilhelmstraße hätten Leute mit Steuersäcken von 174 000 Mk. in der zweiten Klasse gewählt und die höchsten Beamten des Reiches und Preußens seien Wähler dritter Klasse gewesen und nicht einmal die ersten Wähler dieser Klasse. Ebenso sei es in Wiesbaden gewesen. In anderen Bezirken hätten dagegen Personen mit einer Steuerleistung von 60 Mk. in der ersten Abteilung gewählt. Nedner führt aus, daß die Drittteilung nach Urwahlbezirken dazu führen könnte, daß in der dritten und zweiten Abteilung Socialdemokraten gewählt würden, wenigstens in Berlin, und wenn die Vororte Berlins communalisiert werden, so daß Berlin auf über 2 Millionen Einwohner anwächst, dann wird man es nicht mehr mit 9 Abgeordneten abpeilen können, und mit der Theilung der Wahlbezirke würde der Einfluß der Arbeiterbevölkerung in einzelnen Arbeitervierteln sich erheblich steigern, höher, als der steuerlichen Leistung der Arbeiter entspricht.

Abg. v. Hennebrand (cons.) gibt zu, daß durch den § 2a Ungleichheiten der allerdienbarsten Art eintreten können. Aber die Drittteilung in den Urwahlbezirken ist ein Theil des Einkommensteuergesetzes gewesen und damit ein Theil des Compromisses, welcher darüber abgeschlossen ist. Die Bestimmung kann darum nicht aus dem Gesetz eliminiert werden, sondern muß aufrecht erhalten bleiben.

Abg. v. Huene (Centr.): Herr Francke hat die Bestimmung als einen Notbehelf bezeichnet; das ist sie doch nur für die Zeit, bis zu welcher ein grundlegenderes neues Wahlgesetz gemacht werden wird. Die leidige Vorlage ist kein solches grundlegendes Wahlgesetz (Widerspruch bei den Nationalliberalen), sondern ist ein hünftlicher Aufbau, um die pluto-kritische Wirkung der Einkommensteuer zu beseitigen. Die Ungeheuerlichkeiten, die Herr Francke angeführt hat, kommen nicht bloß in den Städten, sondern auch auf dem Lande überall vor. Wir haben doch keine bestimmten feststehenden Klassen für die Wahlen. Wenn der Reichstag in der dritten Klasse wählt, so ist daran nichts zu ändern; er habe eben das Gebot nicht, wie die Millionäre, in deren Bezirk er wohnt. Da die Steuern nur bis 2000 Mk. angerechnet werden sollen, werden die Millionäre in ihrem Wahlrecht etwas beschränkt, und der Reichskanzler wird ganz erheblich. Aber gegen diese Bestimmung haben ja die Nationalliberalen gestimmt. Daß sozialdemokratische Abgeordnete genährt werden, gehört doch in das Reich der Phantasie; denn es wird ja nicht bloß die Einkommensteuer angerechnet, sondern auch die Grund- und Gebäudesteuer und dadurch behält der Grund- und Hausbesitz ein genügendes Übergewicht. Deshalb lassen Sie sich nicht grauslich machen. (Bestimmung im Centrum.)

Abg. Parisius (frei): Wenn die Herren vom Centrum wirklich die pluto-kritischen Wirkungen der Einkommensteuer verhindern wollen, dann hätten Sie für unseren Antrag stimmen sollen, in die erste Klasse 5, in die zweite Klasse 15 v. h. der Wähler zu nehmen. (Zuruf im Centrum: Haben wir ja gehalten!) Was Herr Francke angeführt hat, sind ja kuriose Dinge; aber es ist nicht weiter schlimm, wenn die Minister in der dritten Klasse wählen, vielleicht werden sie dadurch zu Gunsten der allgemeinen directen Wahl umgestimmt. Die Capacitätswahlen sollen ganz Europa bewegen haben. Doch nur in den Gelehrtenstühlen und bei solchen Leuten, die die allgemeine Gleichberechtigung nicht anerkennen. Freilich wäre es ja sehr bequem, wenn man die höchsten Beamten, Landräthe, Regierungspräsidenten u. s. w. in die erste Abteilung brächte, vielleicht noch die Abgeordneten mit Ausnahme der Freisinnigen und Socialdemokraten. Es wäre gar kein Unglück, wenn ein paar Socialdemokraten hier erschienen; dann könnten wir einmal die Klagen der notleidenden Arbeiter mit den Klagen der notleidenden Feidecommunisierer vergleichen. Wenn ich trotzdem für die Erteilung des § 2a bin, so liegt das daran, daß die Annahme zu einer ganz unbeschreiblichen Wahlkreisgeometrie führen würde. Es wird möglich sein, die genehmten Wähler in den andern Wahlkreis zu bringen.

Minister Graf zu Guleburg: Die Theilung der Urwahlbezirke erfolgt seitens der Gemeindebehörden. Wenn der Vorredner diesen eine besondere Wahlkreisgeometrie zutraut, so will ich ihm das überlassen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn in Ausnahmefällen eine neue Drittteilung innerhalb des Urwahlbezirks stattfinden muß, wenn ein Wähler erster und zweiter Klasse nicht vorhanden ist, so liegt darin ein viel größerer Anreiz, durch künstliche Beiratsgestaltung diese Ausnahmefälle zu vermeiden. Die Regierung hat die Vorfrage angenommen, weil es in den großen Städten kaum einen anderen Weg gibt, um eine Herabminderung des Einflusses der großen Vermögen herbeizuführen. Ungleichmäßighkeiten werden durch diese Bestimmung nicht neu geschaffen, sie bestehen bereits in größeren Städten. Die kraulen Fälle, welche Herr Francke vorgetragen hat, entstehen in solchen Bezirken, wo die minderbemittelten Klassen in großer Zahl wohnen, und Wähler erster und zweiter Klasse nicht vorhanden sind. Wenn man die Ungleichheiten ganz beseitigen will, dann müßte man nicht nur § 2a streichen, sondern auch die Drittteilung in solchen Urwahlbezirken beseitigen, wo die eine oder die andere Abteilung nicht vorhanden ist; die Wahlen in diesen Abteilungen müßten dann ausfallen. Wäre es möglich, durch eine Aenderung des § 2a eine größere Mehrheit für die Vorlage zu erhalten, so würde ich das für werthvoller halten, als die Annahme des § 2a. Der Abg. v. Huene hat die Vorlage als ein Provisorium bezeichnet. Das ist richtig; denn wir können die Wirkung

der neuen Steuerreformgesetze noch nicht übersehen. Aber ich hoffe, wir werden durch die Vorlage etwas bestimmen, was weit hinausgeht über eine provisorische Maßregel. Wir werden eine Ausgebung einer großen Mehrheit haben dafür, daß wir auf dem Boden des Dreiklassenwahlsystems stehen bleiben wollen. Wenn man auf diesem Standpunkt steht, darf man nicht von elendem Trickwerk oder von Reparaturen sprechen. Wenn man die Reparatur noch für möglich hält, dann muß sie sich so gestalten, daß das Gebäude nicht in seinen Grundfesten erschüttert, sondern gestärkt wird. (Bestimmung rechts.)

Abg. v. Bachem (Centr.): Wir haben in der Commission den Antrag eingebroacht, in die erste Klasse 10, in die zweite 20 v. h. der Wähler zu nehmen; aber der Vertreter der freisinnigen Partei hat dreimal gegen den Antrag gestimmt. (Hört! rechts und im Centrum.) Hier im Plenum wird aber unser Antrag von den Freisinnigen aufgenommen. (Zuruf des Abg. Parisius: Compromiß!) Die Freisinnigen haben den Compromiß nicht mit abgeschlossen; das hat niemand behauptet. Ohne den Compromiß würde es überhaupt nicht möglich gewesen sein, eine Abstumpfung des pluto-kritischen Einflusses herbeizuführen. Zu Wahlkreisgeometrien wird der § 2a allerdings Anreiz geben, aber nicht auf dem platten Lande, sondern nur in den großen Städten und namentlich in Berlin. Nicht die Landräthe werden Wahlkreisgeometrie treiben, sondern die freisinnige Stadtverwaltung. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Die Freisinnigen haben also Gelegenheit zu beweisen, daß sie so gerecht sind, daß sie die Gelegenheit verfügen, Wahlgeometrie zu treiben. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. v. Ehnern (nat.-lib.): Der § 2a soll die Herrschaft der Centrumspartei in gewissen Wahlkreisen befreien; aber ich glaube, die Sachen verschieben sich schon jetzt so, daß die Centrumsherrschaft bald von den Sozialdemokraten zerstört werden wird. Nedner glaubt, daß seine Freunde bereit seien würden, die Steuergrenze von 2000 Mk. zu genehmigen, wenn dafür der § 2a befürwortet würde. Darüber würde wohl eine Einigung zu erwarten sein. Wenn das Centrum aber ein Wahlgesetz machen will, welches einen parteipolitischen Anstrich hat, so werden wir nicht dazu mithelfen.

Abg. v. Zedlitz (freicons.): Der § 2a durchbricht den Grundgedanken des Dreiklassenwahlsystems, daß in der ersten Abteilung die reichsten, in der zweiten Abteilung der Mittelstand, in der dritten Abteilung die minder Wohlhabenden wählen. Welche Ziele das Centrum verfolgt, hat seine Zustimmung zu dem freisinnigen Antrage wegen Einführung des allgemeinen Wahlrechts gezeigt. Es handelt sich hier nur um eine Abschlagszahlung, und zwar nur für eine kurze Zeit. Wenn Herr v. Huene hat ja davon gesprochen, daß wir bald zu einer grundsätzlichen Änderung des Wahlsystems kommen werden.

Abg. v. Hennebrand (cons.): Der § 2a soll die Herrschaft der Centrumspartei in gewissen Wahlkreisen befreien; aber ich glaube, die Sachen verschieben sich schon jetzt so, daß die Centrumsherrschaft bald von den Sozialdemokraten zerstört werden wird. Nedner glaubt, daß seine Freunde bereit seien würden, die Steuergrenze von 2000 Mk. zu genehmigen, wenn dafür der § 2a befürwortet würde. Darüber würde wohl eine Einigung zu erwarten sein. Wenn das Centrum aber ein Wahlgesetz machen will, welches einen parteipolitischen Anstrich hat, so werden wir nicht dazu mithelfen.

In namentlicher Abstimmung wird § 2a mit 182 gegen 142 Stimmen angenommen. Für denselben stimmen die Conservativen, das Centrum und die Polen, gegen denselben stimmen die Freisinnigen, Nationalliberalen und Freiconservativen.

§ 3 lautet: „In den Städtischen und Landgemeinden, in welchen die Bildung der Wählerabteilungen für die Wahlen zur Gemeindevertretung nach dem Maßstabe directer Steuern stattfindet, werden diese Abteilungen fortan allgemein in der durch die §§ 1 und 2 für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten vorgeschriebenen Weise gebildet.“

Abg. v. Zedlitz (freicons.) beantragt den Schluss des § 3 folgendermaßen zu fassen: „mit der Maßgabe gebildet, daß mit Ausnahme des in § 2 gebrochenen Falles die Eintheilung in die Abteilungen nach Maßgabe der zu errichtenden Staats-, Gemeinde-, Provinzial- und Kreissteuern erfolgt.“ Ferner soll hinzugefügt werden: „Umberührt bleiben die Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze, nach denen die Ausübung des Wahlrechts an die Errichtung bestimmter Steuergesetze geknüpft werden kann.“

Abg. Graf d'Haussouville (Centr.) erklärt sich gegen den ersten, aber für den zweiten Theil des Antrages; ebenso spricht sich Abg. Bachem aus, welcher darauf hinweist, daß der Antrag alle die Garantien gegen die Herrschaft des pluto-kritischen Einflusses beseitigt, welche die Regierung gewähren will.

Abg. v. Zedlitz (freicons.) empfiehlt seinen Antrag, weil für die Gemeinden, die wirtschaftliche Verbünde ebenso wie die Steuerleistung in Betracht kommt, daher eine Grenze nach oben und eine Anrechnung nach unten hin nicht nötig ist.

Abg. v. Gattler (nat.-lib.) empfiehlt den Antrag v. Zedlitz, der ganz in derselben Richtung liege, wie die früheren Anträge der Nationalliberalen und Freiconservativen.

Minister Graf zu Guleburg: Die Censustestimmungen des Antrages v. Zedlitz sind überflüssig, weil sie auch ohne ausdrückliche Bestimmung in dem Gesetzentwurf aufrichtig erhalten bleiben. Wenn eine besondere Bestimmung angenommen wird, so müßte sie wenigstens zum Schluss lauten: „geknüpft ist oder geknüpft werden kann.“

Abg. v. Zedlitz ist mit dieser Änderung einverstanden.

§ 3 wird mit diesem zweiten Theil des Antrages v. Zedlitz angenommen.

Nach § 4 sollen alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere das Gesetz betreffend Änderung des Wahlverfahrens vom 24. Juni 1891 aufgehoben werden.

Die Freisinnigen beantragen in einem besonderen § 4a zu bestimmen, daß die Abstimmung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Gemeindevertretungen eine geheime sein soll.

Abg. Parisius (frei) empfiehlt seinen Antrag namentlich mit Rücksicht darauf, daß die Deffentlichkeit der Wahl eine große Anzahl von Personen, die sich nicht unabhängig fühlen, von der Wahl abhält, so daß die Beteiligung eine sehr geringe ist, sehr erheblich geringer, als die Beteiligung bei den Reichstagswahlen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, des Centrums und der Polen abgelehnt.

Zum § 5 haben die Freisinnigen eine Resolution beantragt: 1) Ueber die früheren Wahlen zum Abgeordnetenhaus von 1887 bis 1888 statistische Zusammenstellungen zu veröffentlichen, und 2) über die künftigen Wahlen statistische Zusammenstellungen zu veröffentlichen, welche sich an die Statistik der Wahlen von 1882 und 1885 anschließen.

Minister Graf zu Guleburg: Die Erfüllung des ersten Antrages würde, wenn sie überhaupt möglich, nur mit großen Kosten und ohne erheblichen Erfolg stattfinden können. Ueber die zukünftigen Wahlen wird eine Statistik über die Wirkungen des Gesetzes aufgestellt werden.

Abg. Parisius zieht darauf seinen Antrag zurück; § 5 wird angenommen, er bestimmt, daß bis zum Erlass des Wahlgesetzes die Bestimmungen der Artikel 77 und 115 der Verfassungskunde, soweit sie

den Bestimmungen des Gesetzes entgegenstehen, außer Kraft gesetzt werden.

Die Debatte wird § 6 genehmigt, nach welchem das Gesetz mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft treten soll.

Schl. 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Dritte Lesung des Wahlgesetzes.)

Aus der Provinz.

d. Marienburg, 14. März. Bei der gestern und heute unter dem Vorsitz des Herrn Regierungs- und Schulrates Dr. Rohrer aus Danzig an der hiesigen Landwirtschaftsschule abgehaltenen mündlichen Abiturientenprüfung bestanden sämtliche zur Prüfung zugelassenen 15 Schüler. Heute Morgen traf der Herr Geheimer Ober-Regierungs-Rath Thiel, vortragender Rath im Ministerium für Landwirtschaft hier ein. Derselbe wohnte heute der Prüfung der Abiturienten der Landwirtschaftsschule bei und wird morgen die sämtlichen Alassen der Anstalt inspicieren. — An Stelle des zu Ostern in den Ruhestand tretenden königl. Gymnasialdirektors Dr. Toeppen in Elbing ist der königl. Gymnasialdirektor Dr. Martens (früher Gymnasiallehrer in Danzig) von Marienburg nach Elbing versetzt. Als künftiger Director des hiesigen Gymnasiums wird der § 2a allerdings Anreiz geben, aber nicht auf dem platten Lande, sondern nur in den großen Städten und namentlich in Berlin. Nicht die Landräthe werden Wahlkreisgeometrie treiben, sondern die freisinnige Stadtverwaltung. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.)

Die Freisinnigen haben also Gelegenheit zu beweisen, daß sie so gerecht sind, daß sie die Gelegenheit verfügen, Wahlgeometrie zu treiben. (Große Heiterkeit rechts.)

Frankfurt a. M., 14. März. Weizen per Mär. 16,20, per Mai 16,30, per Juli 16,30. Roggen per Mär. 13,80, per Mai 13,95, per Juli 14,05. Hafer per Mär. 14,90, per Mai 14,70, per Juli 14,65. Mais per Mär. 11,40, per Mai 11,05, per Juli 11,00.

Französisch-Societät. (Schluß.) Dellerstädtische Credit-Aktion 292, Lombarden 95½, ungari. Gold-Rente 97,60, Gotthardbahn 156,60, Disconto-Commandit 189,90, Dresden-Bank 154,50, Bochumer Gußstahl 137,30, Dortmund-Union Et. Dr. 65,50, Gelsenkirchen 151,50, Harzener 141,20, Hibernia 119,10, Lauterhütte 109,90, 3% Portugiesen 21,70, italienische Mittelmeerbahn —, schwäger Centralbahn 121,70, österreich Nordostbahn 108,50, schwäger Union 75,10, italien. Meridianbahn 49,50, Zürcher Glareloose 29,90, Berliner Handelsgesellschaft 148,60, Telt.

Wien, 14. März. (Schluß-Courier.) Dettarr. 4½%, Banierrente 98,95, do. 5% do. Gilberrente 98,70, do. Goldrente 117,10, 4% ungar. Goldrente 115,80, 5% do. Bapier. —, 1860er Loope 148,50, Anglo-Aust. 158,40, Länderbank 224,40, Creditbank 344,50, Unionbank 256,75, ungar. Creditaction 404,75, Wiener Bankverein 125,50, Böh. Westbahn 377,50, Böh. Nordb. 189,00, Busch. Eisenbahn 478,00, Dug-Bodenbacher —, Elberfeldbahn 243,00, Salziner 219,75, Ferd. Nordbahn 295,00, Franzen 310,25, Lemberg-Giern. 260,25, Lomb. 211,00, Nordwestb. 220,75, Barbubahn 197,00, Alp-Mont. Act. 55,00, Tabakactien 181,00, Amsterd. Wechsel 100,40, Deutsche Blätte 59,32½, Londoner Wechsel 121,15, Bariser Mediel 48,15, Napoleon 9,63½, Marknoten 59,32½, Russ. Banknoten 1,27½, Gilbercoup. 100, Bulg. Anl. 112,75, österr. Kronrente 96,95, ungar. Kronrente 95,35.

Amsterdam, 14. März. Getreidemarkt. Weizen per Mär. —, per Mai 171. Roggen per Mär. 133, per Mai 126.

Anmerker, 14. März. Getreidemarkt. Weizen-Courier. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste flau.

Paris, 14. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Raffineries Lippe weiß loco 12½% bez. und Br., per Mär. 12½ Br., per April-Mai 12½ Br., per Septbr.-Dezbr. 12½ Br. Fett.

Anmerker, 14. März. Getreidemarkt. Weizen flau.

Paris, 14. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Mär. 20,70, per April 21,00, per Mai-Juni 21,40, per Mai-August 21,60. — Roggen ruhig, per Mär. 13,70, per Mai-August 14,10.

Reicht. ruhig, per Mär. 46,70, per April 47,00, per Mai-Juni 47,40, per Mai-August 47,60. — Rüböl ruhig, per Mär. 59,50, per April 59,75, per Mai-August 60,75, per Sept.-Dezbr. 61,00. — Spiritus fest, per Mär. 49,00, per April 48,75, per Mai-August 48,75, per Septbr.-Dezbr. 44,25. — Weiter: Warm.

Baris, 14. März. (Schlußcourse.) 3% amortiffr. Rente 97,70, 3% Renten 97,62½, 4% Anteile 5, ungar. Renten 92,20

